# Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 48. Mittag-Ausgabe. Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Donnerstag, den 29. Januar 1874.


## Deutschland.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

**37. Sitzung des Abgeordnetenhauses** (vom 28. Januar).

1 Uhr. Am Ministertisch Graf zu Eulenburg mit sechs Commissaren.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Richter (Hagen): Ich habe Dinstag (den 20. d. M.) behauptet, daß die „Hannoversche Landeszeitung" sich in finanzieller Abhängigkeit von der Regierung befindet; es ist mir inzwischen Material unterbreitet worden, woraus ich ersehe, daß diese Abhängigkeit seit einigen Monaten nicht mehr besteht. Im Uebrigen aber halte ich meine Behauptungen, namentlich was die „Kölnische Zeitung" und die „Deutsche Reichs-Correspondenz" anbetrifft, vollkommen aufrecht.

Die zweite Berathung des Etats des Ministeriums des Innern geht vor Cap. 109 (Allgemeine Ausgaben im Interesse der Polizei, Tit. 1: Fonds zu geheimen Ausgaben im Interesse der Polizei 40,000 Thaler.)

Abg. Richter (Hagen): Meine Herren, es ist interessant zu beobachten, wie gegenüber diesen geheimen Fonds die Stellung verschiedener Parteien im Laufe der Zeit sich verändert hat. So lange die Herren im Centrum noch nicht Ambos waren und mit der Regierung zusammen gegen uns den Hammer führten, schwärmten sie förmlich für die geheimen Fonds. Der Abg. Reichensperger, der im vorigen Jahre den Kampf gegen sie eröffnete, erklärte sich im Jahre 1863, daß jede Regierung dergleichen haben müsse und daß, auch wenn es einmal ein liberales Ministerium geben sollte, doch noch immer eine „im Finstern schleichende Reaction" vorhanden sein würde, eine über die Fortschrittspartei hinausgehende Opposition, gegen welche die Regierung solcher Fonds bedurfte. Nun haben wir allerdings noch kein liberales Ministerium, aber eine Reaction, die nicht blos im Finstern schleicht, ist zugegen und eine Opposition, die über die Fortschrittspartei hinausgeht, ist vorhanden. Seitdem nun die Herren selbst Ambos geworden sind, stimmen sie jetzt gegen diese Fonds. Umgekehrt, wie sich diese Partei von rechts nach links gewendet, hat die uns zunächst stehende liberale Partei eine Wendung von links nach rechts gegenüber diesen Fonds vollzogen.

Es ist nicht richtig, wie der Abgeordnete Lasker neulich ausgeführt hat, daß sie blos deshalb früher gegen diese Fonds gestimmt hätten, weil dieselben gegen ihre Partei gerichtet worden wären; ich könnte Aeußerungen anderer Redner ihrer Partei, insbesondere der Abgeordneten Techow und Jung, verlesen, aus denen hervorgeht, daß sie der Ansicht sind, eine wirklich liberale Regierung bedürfe dergleichen Fonds überhaupt nicht und eine Regierung, welche solche Fonds zu bedürfen glaubt, sei überhaupt nicht werth zu bestehen. Gestatten Sie mir dem gegenüber, bei dem früheren Standpunkte der gesammten liberalen Partei stehen zu bleiben. Ich muß allerdings anerkennen, daß innerhalb der nationalliberalen Partei gegenüber dem hier in Rede stehenden Polizeifonds verschiedene Ansichten bestanden haben. Der Abgeordnete Lasker hat im Jahre 1868 zwar auch gegen diesen Fonds gestimmt, aber seine Abstimmung damit motivirt, daß er nur gegen den geheimen Polizeifonds stimme, weil er mit seiner Opposition gegen die geheimen Dispositionsfonds im Staatsministerium nicht durchgedrungen sei. Ich weiß nicht, ob der Abg. Lasker seine damalige Ansicht, daß diese Fonds nur den Zwecken der gewöhnlichen Sicherheitspolizei dienten, heute noch aufrecht erhält. Inzwischen ist ja der Etat für uns in mancher Beziehung klarer geworden. So hat man früher behauptet, daß dieser Fonds hauptsächlich dazu diene, Prämien zur Entdeckung von Verbrechen zu gewähren und um Münzverbrechen im Auslande zu verfolgen; wir wissen aber jetzt, nachdem der Etat eine andere Form bekommen hat, daß für Verfolgung der Münzverbrechen der Finanzminister einen besonderen Fonds hat, daß die Prämien für Entdeckung von Verbrechen auf den folgenden Titeln dieses Capitels stehen, daß ferner auf den Besoldungsfonds der Polizeiverwaltung nicht blos die uniformirten, sondern auch die nicht uniformirten Beamten stehen und daß im Speciellen die Fonds der Berliner geheimen Polizei nicht hierin stecken, sondern in dem letzten Titel der Berliner Polizeiverwaltung. Es ist vor einigen Jahren eine Erhöhung dieses Titels für allgemeine Ausgaben der Berliner Polizeiverwaltung ausdrücklich damit motivirt worden, daß man in ausreichender Weise dafür sorgen müsse, den Berliner Polizeibeamten der Sicherheits- und Sittenpolizei Civilkleidung zu schaffen und die Zehrungskosten zu geben, die sie nöthig haben, um in öffentlichen Lokalen nicht auffällig zu erscheinen.

Wenn früher gesagt worden ist: ja, es bleiben doch immer noch Ausgaben bestehen, über die keine Quittung gegeben werden kann und die deshalb aus diesen Fonds bestritten werden müssen, so hat schon der Herr Minister des Innern bei einer früheren Gelegenheit diese Auffassung damit ironisirt, daß er sagte, man sollte nur nicht denken, daß er die geheimen Fonds gewissermaßen in seiner Schublade habe, um daraus nach Belieben an Jeden geben zu können. Er sagte: es ist dieser Fonds von jeher verwaltet worden wie alle übrigen Fonds von einer eigenen Rendantur, es sind alle Ausgaben justificirt und es ist über alle Ausgaben speciell Rechnung gelegt. Er führte ferner aus, daß von diesen 40,000 Thalern verhältnißmäßig eine sehr geringe Summe zur eigenen Verwendung des Chefs bleibe, weil weit über die Hälfte zur Verwendung an die Provinzialbehörden geht und der Chef nicht einmal eine specielle Kenntniß der Details der Verwaltung bekommt. Meine Herren, wenn diese Angaben richtig und vollständig sind, so sehe ich nicht ein, weshalb die Oberrechnungskammer diesen Fonds nicht revidiren könnte; denn wir haben doch keinen Grund anzunehmen, daß die Beamten der Oberrechnungskammer diesen Fonds weniger discret behandeln werden, als alle übrigen Beamten, die mit diesem Fonds zu thun haben. Es ist nicht abzusehen, warum die Controle über diesen Fonds der Landesvertretung vorenthalten werden soll. Es giebt ja viele Fonds, denen gegenüber wir in der Controle eine gewisse Discretion üben müssen, z. B. der Fonds zu Gnadenbewilligungen aller Art. Es ist aber doch deshalb noch niemals Jemand eingefallen, zu behaupten, daß dieser Fonds ein geheimer sein müsse. Während die Angaben über die Natur der Fonds richtig und vollständig, so liegt gar kein Grund vor, ihn als geheimen zu bewilligen.

Indessen hat schon ein früherer Verwalter dieses Fonds, der Minister Graf Schwerin, gesagt und zwar im Widerspruch mit den Erklärungen des Regierungs-Commissars im Jahre 1863: „Wenn der Regierungs-Commissar wirklich gesagt haben sollte, daß diese Fonds wesentlich nur bestimmt sein sollen zur Verfolgung und Ermittelung von Verbrechen, so beruht das auf einem Mißverständnisse der Commission oder einer unrichtigen Aeußerung des Commissars. Es kann Niemand leugnen, daß diese Mittel hauptsächlich für Zwecke der höheren politischen Staatspolizei dienen müssen." (Hört!) Meine Herren! Weil der Fonds diesen Zweck hat, so knüpfen sich an seine Spuren die Erinnerungen an alle jene politischen Prozesse, die wir seit 25 Jahren durchgemacht, an alle jene falschen Zeugen und gefälschten Actenstücke, die in diesen Prozessen vorgebracht sind. (Hört!) Darum hat Waldeck erklärt: „Ich streiche jedem Ministerium, sei es, wie es wolle, diese Fonds, weil ich sie für unmoralisch, für solche Fonds halte, die das Denunciationswesen und alles Schlechte, was in der menschlichen Natur liegt, begünstigen, ohne einen wesentlichen Vortheil für den Staat zu schaffen." Er führte auch aus, daß es für die Vertrauensfrage keinen unsauberen Hebel geben könne, als er glaube, daß ein unsauberer Hebel, um ein Ministerium zu stützen, nicht gefunden werden könne. Der Herr Minister des Innern hat auch ganz correct niemals die Vertrauensfrage diesem Fonds gegenüber gestellt, sondern hat sie darauf beschränkt, diesen Fonds auf das Sachliche zu beschränken; die Vertrauensfrage ist bei dem analogen Fonds des Staatsministeriums ihm neulich und aus der Mitte des Hauses gewissermaßen aufgedrängt worden.

Ich habe neulich das staatlich unterhaltene System eingehend geschildert, wonach die Presse im Ministerium zu Gunsten der Ansicht der jeweiligen Minister besorgt werden soll. Der Herr Minister des Innern wird nicht leugnen, daß für dieses System auch dieser Fonds herangezogen werden kann, daß seine Heranziehung wenigstens nicht ausgeschlossen ist. Abg. Lasker hat gegenüber meinen eingehenden Anführungen, in denen ich die Beweise durchaus zur Verfügung gestellt habe, sich bei einer allgemeinen Erklärung beruhigt, daß er dem Hause versichert, bei diesen Fonds kein Mißbrauch stattfindet. Ich kann mir aber das bei den sonstigen Auffassungen des Abg. Lasker nur daraus erklären, daß er sich im Gedränge seiner übrigen Arbeiten noch nicht die Zeit genommen hat, von den thatsächlich hier obwaltenden Verhältnissen vollständig Kenntniß zu nehmen. Es ist ja richtig, daß diese 40,000 Thlr. resp. die 30,000 Thlr. des Staatsministeriums nur eine kleine Stütze des Systems sind, dessen Hauptgrundlage im Welfenfonds beruht. Der Welfenfonds aber erscheint nicht auf unserem Etat und von der in diesem Hause maßgebenden politischen Partei ist ein auf ihn bezüglicher Antrag nicht gestellt worden, und würde er gestellt, so würde keine Aussicht sein, daß er hier vor der Vertagung zur Verhandlung käme. Ich meine aber: das gegenwärtige System der Preßbeeinflussung ist ein solches, daß Jemand, der Kenntniß davon hat, als Abgeordneter verpflichtet ist, dies System zur Sprache zu bringen, wenn er sich nicht für die Fortdauer des Systems mit verantwortlich machen will. Es ist auch nicht etwa angemessen, die Sache zarter zu behandeln, weil wir uns mit der ultramontanen Partei im Kampfe befinden. Allerdings könnten uns Rücksichten auf diese Partei nur bestimmen zu sagen: „wie Du mir, so ich Dir". Aber auch in der praktischen Politik kommt man am weitesten mit dem Grundsatz: „Was Du nicht willst, daß man Dir thu', das füg' auch keinem Andern zu!" (Sehr richtig!)

Und wir auf dieser Seite wenigstens haben keine Veranlassung, den Argwohn zu erregen, als ob wir irgendwie dem Grundsatz huldigten: der Zweck heiligt die Mittel. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß dieser Fonds verwendet wird zu Wahlzwecken gegen die ultramontane Partei. Eine Correspondenz des Ministers des Innern mit dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz ist veröffentlicht und nicht dementirt, wonach letzterer aufgefordert wird, ein gewisses Flugblatt zu verbreiten zur Einwirkung auf die Wahlmänner; der Minister will die Kosten übernehmen, doch wohl nur aus diesen Fonds. So sehr ich dem Inhalt dieses Flugblattes die weiteste Verbreitung wünsche, so wenig kann ich diese Form der Einmischung der Staatsgewalt in den Wahlkampf billigen. Das Wesen der Wahl wird vernichtet, wenn die Staatsgewalt mit Staatsmitteln zu Gunsten irgend einer Partei sich in die Wahl einmischt und dabei kömmt es nicht auf die subjective Ansicht an, die man über den Werth der einzelnen Partei hat. Gewiß ist der Kampf gegen die ultramontane Partei ein schwerer; aber eben darum sollte man um so wählerischer sein in den Mitteln; man sollte nicht solche kleinliche Mittel anwenden, die nur geeignet sind, zu erhöhtem Widerstande aufzureizen, nicht aber denselben zu entkräften und die das Auftreten der mit dem Ministerium in dieser Frage verbündeten Parteien von vornherein lähmen. Gerade die tüchtigsten und ehrenhaftesten politischen Männer ziehen sich aus dem Vordergrunde der Agitation gegen die klerikale Partei zurück, wenn sie sehen, daß solche Fonds neben ihnen arbeiten. Gewiß ist dieser Kampf ein Culturkampf, deshalb sollte man aber auch nicht glauben, mit kleinen Polizei- und Preßkunststücken ihn führen zu können. Der Kampf wird nur in dem Maße zum siegreichen Ende geführt werden, als dabei die wirklichen Träger der Cultur zur Geltung kommen und alle politischen Parteien selbstständig und energisch in den Kampf eingreifen. (Lebhafter Beifall.)

Der Minister des Innern: Ich bin nur durch den Schluß der Rede veranlaßt worden, das Wort zu ergreifen. Ich habe den Briefwechsel zwischen Seiner Majestät und dem Papste allerdings drucken lassen, da, wo die Beamten mir sagten, daß es nothwendig sei, dies Schriftstück zur Kenntniß der Bevölkerung zu bringen; denn in manchen Schichten, namentlich auch in denjenigen, die an die Wahlurne zu treten hatten, war es noch nicht genügend bekannt. Ich glaube, daß ich nicht blos das Recht, sondern auch die Verpflichtung gehabt habe, dergleichen Aktenstücke, Documente von der höchsten Wichtigkeit, denen ich kein Wort der Erklärung hinzugefügt habe, möglichst weit zur Kenntniß zu bringen. Wenn ich die Kosten aus diesem Fonds bestritten habe, so hat das seinen Grund darin, daß dieser Fonds auch zu politischen Zwecken höherer Art gestiftet ist. Es ist keine Wahlagitation, sondern eine Belehrung und Aufklärung gewesen über Zustände und Verhältnisse, die ich der Bevölkerung in solchen Momenten namentlich schuldig bin.

Abg. Lasker: Ich hätte das Wort nicht ergriffen, wenn ich nicht mehrfach unrichtig vom Abg. Richter citirt worden wäre. Schon 1868 habe ich ausdrücklich anerkannt, daß ich solche Fonds wie heute stets zu bewilligen bereit bin. Dagegen weise ich es weit von mir zurück, als ob ich irgend, wie dies Treiben der officiösen Presse, wie es vom Abg. Richter geschildert ist, in Schutz nehme, vielmehr würde ich vieles von dem, was er gesagt, unterschreiben. Ich habe nur nicht das Material gehabt aus Mangel sowohl der objectiven Kenntniß, als der persönlichen Beziehungen zu jener Presse. Die Zeitung, die ich lese, hält jede officiöse Nachricht aus ihren Spalten fern, und ich muß es als ein großes Verdienst der „National-Zeitung" anrechnen, daß sie zuerst das ganze Gebahren der officiösen Zeitungen aufgedeckt hat.

Was nun den Welfenfonds angeht, so habe ich im Jahre 1868 gegen den Abschluß des Vertrages gestimmt und ihn als einen unheilvollen bezeichnet. Bei den Verhandlungen über die Beschlagnahme der Gelder haben wir aus Anstandsgefühl abgelehnt, Rechnungslegung zu fordern über die Verwendung der Revenuen; ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß wir damit einen Fehler begangen habe, weil damit ein Element der Corruption eingeführt war. Sollte von irgend einer Seite eine Beendigung dieses Zustandes beantragt werden, so werde ich das freudigst unterstützen. Wenn darauf angespielt worden ist, daß aus unserer Mitte ein solcher Antrag nicht eingebracht wird, so antworte ich dasselbe, was ich den dänischen Ageordneten auf ihre Bitten, sie bei dem Antrage, betreffend die Ausführung des Wiener Friedens zu unterstützen: „Wenn ihr Vorschläge macht, die wir befürworten können, werden wir in der Lage sein, euch zu helfen; aber zum Zwecke der Agitation Anträge einzubringen, die nur einen Tadel gegen die Regierung ohne Aussicht auf irgend welchen Erfolg aussprechen, dazu sind mir die öffentlichen Verhältnisse viel zu heilig". Der Antrag ist auch so schwieriger Natur, daß keiner aus dem Hause sich daran gewagt. Ich habe mich in diesem Jahre bei den Etatsberathungen wenig zum Reden gedrängt, weil ich glaube, daß es Zeiten giebt, in denen man dem Lande viel besser dient, einfach zu bewilligen, als wenn man Reden hält, die lediglich den Charakter der Verdächtigung an sich tragen. Ich will mir aber heute zu entwickeln erlauben, wie wir zu diesen Vertrauensfonds stehen. Die liberale Partei hat sich entschlossen, selbst den conservativen Ministern, wo sie im Interesse des Landes und der liberalen Sache wirksam sind, diese Fonds zu bewilligen.

Ich weiß nicht, ob ich der Carrière des Herrn Ministers einen großen Dienst leiste, aber ich muß erklären, daß wir in neuester Zeit mit diesem ganz speciellen Vertreter der conservativen Partei im Ministerium Gesetze zu Stande gebracht haben, die im höchsten Sinne des Wortes nach der Meinung der Liberalen und Conservativen dem Interesse des Landes dienlich sind und die nützlichsten und positivsten Schöpfungen enthalten, die wir in dem letzten Menschenalter erzielt haben; ich verstehe darunter die Kreisordnung trotz des Lachens des Herrn v. Tempelhoff, der im Interesse der Freiheit der Provinz Posen diese Wohlthat noch vorenthalten will. Nun frage ich Sie, welches Verhältniß soll sich zu dem Ministerium herausbilden, wenn wir diesen Fonds von 40,000 Thlrn. plötzlich streichen? Würden wir nicht plötzlich in Mißtrauen und Zwiespalt gerathen? Wenn wir wirklich vor acht Tagen die Position von 41,000 Thlrn. gestrichen hätten, glauben Sie, daß dadurch irgend etwas an der officiösen Preßwirthschaft geändert wäre? Es wäre nur der erste Bruch zwischen der Majorität und der Regierung herbeigeführt, wo beide zur Abwehr sehr schwerer oppositioneller Elemente zusammenwirken und zusammenstehen sollten. Dazu sind wir hergeschickt, nicht aber kleine Posten herauszusuchen, ihnen eine große Firma und Aushängeschild zu geben, um eines Tages ohne unseren Willen, wie Gimpel geleitet, von unseren Gegnern als Gegner der Regierung gegenüberzustehen. (Beifall.) Was kümmert es mich, wenn unverständige Männer außerhalb des Hauses uns vorwerfen, wir ließen uns von links nach rechts ziehen? Diese Schablone hört auf; es ist nothwendig, daß heute Jeder ohne Vorbehalt seine Kräfte dem Dienste des Landes widme, und so wie ich meinen Freunden niemals den Gedanken unterstelle, als ob sie andere Interessen hätten, so wünsche ich auch, daß gegen uns verfahren wird; denn das öffentliche Interesse und der öffentliche Kampf hat nicht den geringsten Nutzen von schweren Verleumdungen und Entstellungen, die man öffentlichen Charakteren meint zufügen zu müssen.

Wenn die Nachtheile der officösen Presse mit so beredten Worten besprochen werden, so sage ich, eben so schädlich wie die officiöse Presse ist die unabhängige Presse, die an Verunglimpfungen ihre Freude hat. Glauben Sie nicht, daß der schon unabhängig ist, der das Geld aus der Hand eines Andern nimmt, — das ist eine anatomische Unschuld, das ist die allergeringste Sorte der Unschuld — aber Diejenigen, die vor dem Lande mit der Feder sprechen und meinen, ihrer Sache am Besten mit Verunglimpfungen und Verläumdungen dienen zu können, sind ebenso sehr und mehr schuldig, weil sie mehr wirken können. (Sehr wahr!) Darum bitte ich Sie, beurtheilen Sie uns ganz in derselben Weise, wie wir dies unseren befreundeten Parteimitgliedern und anderen Mitgliedern des Hauses gegenüber der Regel nach zu thun gewohnt sind, daß Jeder nach seiner Weise und im Sinne des Landes hier durch sein Votum und durch seine Rede dem Interesse des Landes zu dienen beabsichtigt. Von mir dürfen Sie dies jederzeit voraussetzen, jedes andere Interesse liegt mir fern. Wenn Sie sich beinahe hätten verleiten lassen den Fonds zu streichen, mit der Gefahr des Bruches und der Entfremdung, während wir in diesen wichtigen Arbeiten begriffen sind, so lassen Sie sich heute nicht bestimmen; ich bleibe consequent bei meiner Ansicht; das bedeutet keine Kriegserklärung gegen andere Parteien im Hause, sondern ist nur eine kluge, im Interesse des Landes umsichtige und gewissenhafte Politik, die Erfüllung dessen, wozu wir unser Mandat erhalten haben, und dabei hoffe ich auf die Zustimmung aller meiner politischen Freunde und auf die, wenn auch widerwillige Anerkennung der Gegner. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Windthorst (Meppen): Es ist einigermaßen vermessen von mir, nach einem so warmen Appell noch das Wort zu nehmen, ich weiß aber in der That nicht, wodurch alle diese Ergebungen des Vorredners hervorgerufen sind; sie müssen nothwendig in Vorkommnissen wurzeln, die in diesem Hause nicht liegen. Wenn der Abg. Richter meinte, die Centrumsfraction habe früher für diese Fonds gestimmt, so erwidere ich ihm, wenn vor der Constituirung der Commission Einzelne, die ihr jetzt angehören, dafür gestimmt haben, so ist dabei die Erwägung gewesen, daß erst später Uebelstände bei der Verwendung vorgekommen seien. Wenn der Abgeordnete Richter wieder von dem vorgeblichen Culturkampf gesprochen, so bin ich der Meinung, daß uns dieser Culturkampf in die Barbarei zurückführt. Wollen Sie wirklich einen Culturkampf führen, so führen Sie ihn nicht mit Gewalt und physischen Mitteln, sondern auf dem Gebiete der Ideen und der Wissenschaft (Beifall im Centrum. Heiterkeit). Auf diesem Gebiete werden wir keine Niederlage erleiden; die werden wir bei einem Kampf mit physischen Mitteln auch nicht erleiden; aber ein Kampf mit physischen Mitteln gegen ideelle Ziele ist schon der Anfang der Barbarei. Gegen die Verbreitung des Flugblattes finde ich nichts zu erinnern, obgleich ich meine, daß die öffentlichen Blätter vollkommen ausgereicht hätten; ich bin übrigens gern bereit, den Inhalt dieses Flugblattes mit Jedermann zu discutiren, aber die Grenzen des parlamentarischen Gebrauchs legen mir einen Zwang auf. Daß dies aber keine Wahlagitation sein soll, muß ich bestreiten; es ist die ärgste Einwirkung der Regierung, die das Haus uni sono verwerfen müßte. (Beifall im Centrum. Widerspruch.)

Ich bin überzeugt, daß der Abg. Lasker bei der Bewilligung der Position von 41,000 Thlr. vor 8 Tagen seiner vollen Ueberzeugung gefolgt ist; aber seine Begründung von damals und von heute haben den Beweis geliefert, wie schwer es ist, für den nunmehrigen Führer der ministeriellen Partei (Heiterkeit) die frühere Stellung der Opposition mit der heutigen in Einklang zu bringen. Jetzt sind wir in der Regierung und mit der Regierung, jetzt bewilligen wir, das ist die Quintessenz seiner Rede. (Sehr gut! im Centrum. Bewegung links.) Ein Regierungscommissar könnte gar nichts anderes sagen. Der Vorredner hat gesagt, er hätte bei dem Etat noch nicht viel gesprochen, nun wenn man in der Regierung ist, kann man die Vorlagen schweigend hinnehmen; man hat aber in der Budgetcommission Gelegenheit genug zu sprechen, das haben andere Leute nicht. Wenn die Herren einen Theil ihres Namens, das „Liberal" behalten wollen, so möchte ich Ihnen rathen, daß Sie sich nicht so apathisch oder antipathisch verhalten, wenn Mißbräuche zur Sprache kammen, wie neulich wegen Theilnahme der Beamten an Vereinen, und wegen Auflösung von Versammlungen. Wenn auch der Vorredner glaubt, daß in der Regierung liberale Anschauungen zum Durchbruche gekommen sind und er deshalb die Regierung so mit Encharnement vertheidigt so kann er doch sagen: Hier habt ihr mich noch nicht ganz verstanden. Was nun die Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg V. und des Kurfürsten von Hessen angeht, so freue ich mich, daß der Abg. Lasker anerkannt hat, wie es auch aus den Verhandlungen unzweifelhaft hervorgeht daß eine Verpflichtung zur Rechnungslegung für die Regierung nicht existirt.

Ich bin aber nicht der Meinung, daß die Regierung das Geld für Presse und Polizei verwenden darf. Sonst könnte man ja auch allen Hessen und Hannoveranern einen neuen Rock daraus machen lassen, damit sie sich behaglich fühlend, die Vergangenheit vergessen. Man verwendet das Geld für Polizei im Civilrock, in Uniform, in Frack und weißer Cravatte, die letzte ist die theuerste. (Heiterkeit.) Die Hauptsumme geht aber an das Ministerium des Auswärtigen. Eine solche Verwendung führt zur Corruption und kann nicht früh genug aufgehoben werden. Wenn der Vorredner die Angelegenheit nicht zum Gegenstande eines Antrages machen will, so kann ich ihm darin keine Vorschriften machen. Vielleicht würde ich mich dazu entschließen, wenn die Herren nicht gesagt hätten, man müßte Alles, was wir beantragen, ablehnen. (Abgeordneter Lasker: Das ist nicht wahr!) Lesen Sie die stenographischen Berichte, denken Sie an die fameuse Tagesordnung auf 6 Monate. Außerdem kann ich den geehrten Vorredner auf sein Musterjournal, die „National-Zeitung" verweisen, das mehr als einmal diese Litanei gesungen hat. (Sehr wahr! im Centrum.) Der Vorredner hat von seinem Standpunkte aus Recht, wenn er den Vertrag billigt; der Herr Ministerpräsident, der für ihn jetzt eine größere Autorität ist als früher, hat ja so recht dargelegt, wie sehr rathsam es sei, diesen Vertrag zu schließen. Aber ich muß bemerken, daß die Thatsachen, die für die Beschlagnahme sprachen, schon vor Abschließung des Vertrages vorhanden waren und zwischen dem Ministerpräsidenten und mir erörtert worden sind. Trotzdem hat man den Vertrag abgeschlossen; man wußte recht gut, warum. Es wird die Zeit kommen, wo es bekannt werden wird. (Ruf: Gleich!) Nein, jetzt lasse ich Lamarmora den Vortritt. (Heiterkeit.)

Die Beschlagnahme war also ein Act der Gewalt, der Cabinetsjustiz in Form eines Gesetzes. Das ist unerhört, daß so Etwas vorkommen kann in einem civilisirten Staate, welchen der Abg. Lasker sich Jahre lang zu einem Rechtsstaate zu machen bemüht, obwohl er tagtäglich unter seinen Händen mehr und mehr Polizeistaat wird. (Stimme: Pfui Teufel! Stürmische Heiterkeit.) Ich würde diesen Ausdruck auch gebraucht haben, wenn ich nicht geglaubt hätte, daß er in meinem Munde unparlamentarisch gewesen wäre. Wenn der Abg. Lasker auch heute nicht die Zeit hat, die Aufhebung der Beschlagnahme zu veranlassen, so vertraue ich doch auf seinen Rechtssinn und rechne auf ihn. Die in Frage stehende Position kann ich nicht bewilligen, da ich keine Garantie habe, daß der Minister nicht nächstens wieder eine Belehrung für erforderlich hält, die ich meines Theils nicht angewendet finde.

Abg. v. Kardorff: Daß die Thatsachen, welche beim Abschluß der Verträge mit dem König von Hannover und dem Kurfürsten von Hessen vorlagen, ganz dieselben geblieben seien auch zu der Zeit, als die Beschlagnahme erfolgte, was der Vorredner behauptet hat, ist nicht richtig. Denn in die Zwischenzeit fällt die Bildung der Welfenlegion in Frankreich, zu welcher augenscheinlich die Fonds des Königs von Hannover verwendet worden sind. Wir hätten also damals das Geld bewilligen sollen zur Bildung einer Legion, die gegen uns zu kämpfen bestimmt war? Das, was der Abg. Windthorst Cabinetsjustiz nennt, war also nichts als ein Act der Nothwehr und als solchen hat es jedenfalls auch ganz Europa aufgefaßt und gebilligt.

Persönlich bemerkt noch Windthorst gegen Kardorff, daß das, was man Legion genannt habe, bereits zur Zeit der Verhandlungen des Vertrages existirt habe, und zwar zunächst in Holland und dann in der Schweiz. Dies sei auch zur Zeit der Verhandlungen zur Sprache gekommen.

Abg. Lasker erklärt, daß es ihm nie eingefallen sei, auszusprechen, daß man gegen alle Anträge, die von dem Abg. Windthorst kämen, stimmen müsse, sondern nur, daß er (Redner) sich seine Politik nicht von dem Abg. Windthorst werde dictiren lassen. Daß Redner und seine Partei nicht principiell gegen die Anträge des Abg. Windthorst und seiner politischen Freunde stimmen, hätten sie ja sofort bei der Abstimmung über den Antrag Bernards bewiesen.

Abg. v. Kardorff meint, daß wenn solche Legionen schon zur Zeit des

Vertrages existirt hätten, sie nach Abschluß desselben jedenfalls aufgelöst worden wären.

Abg. Windthorst will auf diese Aeußerung nichts erwidern, weil das zu Deductionen führen würde, die er sich für spätere Zeit vorbehalte. In dem, was der Abg. Lasker soeben gesagt, sieht Redner eine Bestätigung seiner Behauptung. Uebrigens sei er herzlich froh, daß der Abg. Lasker seine damalige Aeußerung desavouire.

Abg. Lasker protestirt gegen diese Art und Weise der Verhandlung, der sich der Vorredner bediene, indem er die soeben geschehene Widerlegung seiner Behauptung für eine Bestätigung derselben ausgebe.

Die Position von 40,000 Thlr. geheimen Fonds wird in namentlicher Abstimmung mit 220 gegen 151 Stimmen genehmigt. (Mit Nein stimmt das Centrum und die Fortschrittspartei.)

Die Titel 3 und 4 (Fonds der Provinzialregierungen zu allgemeinen polizeilichen Zwecken und Centralfonds zur Remunerirung temporärer Hilfsarbeiter) wird angenommen mit folgender Resolution des Abg. Richter (Hagen): „Die Staatsregierung aufzufordern, die Zwecke, wozu diese Fonds bestimmt sind, in den Ueberschriften möglichst vollständig anzugeben und die beiden Titel derart gegen einander abzugrenzen, daß in dem einen Titel die persönlichen, in dem anderen Titel die sächlichen Ausgaben zusammengefaßt werden."

Zu Kapitel 101 (Strafanstalts- u. s. w. Verwaltung) fordert Eberty die Regierung auf, eine einheitliche Gefängnißverwaltung mit einer möglichst selbstständigen Generaldirection herbeizuführen.

Geh.-Rath Illing bemerkt dagegen, daß die augenblickliche Neuorganisation vor Emanation der bevorstehenden Strafprozeßordnung und Gerichtsorganisation inopportun sei, und giebt an, daß wegen der auch von der Regierung gefühlten Mißstände in der Dublicität des Ressorts eine Central-Commission für das Gefängnißwesen gebildet sei, bestehend aus dem Unter-Staatssecretär im Justizministerium als Vorsitzenden, und je einem Rath aus dem Justizministerium und dem des Innern, einem höheren Baubeamten, einem Medizinalbeamten und zwei Strafanstaltsdirectoren. Bei Titel 1 (Besoldungen) bittet Techow die Regierung, auf dem beschrittenen Wege der Ausbesserung der Gehalte der Lehrer an den Gefängnissen fortzufahren.

Geh.-Rath Illing giebt zustimmende Erklärungen, worauf der Titel genehmigt wird.

Eine Resolution des Grafen Wintzingerode zu Titel II (Besoldungen der Unterbeamten) bei Aufstellung des Etats pro 1875 die Frage einer erneuten Prüfung zu unterwerfen, ob die Unterbeamten an den Strafanstalten ein den Anforderungen ihres Dienstes entsprechendes Gehalt beziehen und im Verneinungsfalle die entsprechenden Erhöhungen eintreten zu lassen, wird zurückgezogen, nachdem der Antragsteller eine zustimmende Erklärung der Staatsregierung zu der Tendenz seines Antrages extrahirt und damit vorläufig seinen Zweck erreicht hat. — Verschiedene Anträge, welche die Etatsaufstellung im formellen Sinne betreffen, dürfen wir an dieser Stelle wohl übergehen.

In dem Etat für allgemeine Verwaltungszwecke normirt Titel 2 die Ausgaben, die, auf rechtlichen Verpflichtungen beruhend, zu verschiedenen Zwecken incl. zu Prämien für Schützengilden dienen.

Abg. Richter beantragt: 1) Folgende Positionen aus diesem Titel auszusondern und zum Gegenstand besonderer Titel zu machen: a. Besoldungszuschüsse und Unterstützungen für Bürgermeister in den kleinen Städten der Provinz Posen 4500 Thlr. b. Staatszuschuß für die Geschäftsführung der ständischen Verwaltungscommission der schlesischen Provinzial-Irrenanstalten 550 Thlr. c. Besoldung für 2 Bezirksförster zur Beaufsichtigung der Gemeinde- und Stiftungswaldungen in den hohenzollernschen Landen à 600 Thlr., 1200 Thlr. künftig wegfallend. 2) Sodann den Titel 2 im Uebrigen zu streichen.

Abg. Richter: Die Rechtstitel für viele der in Titel 2 enthaltenen Ausgaben lassen sich gar nicht mehr nachweisen, weil die Institutionen völlig veraltet sind. Die allenfalls nötigen Ausgaben sind im Antrage ausgesondert, werden aber später ebenfalls gestrichen werden müssen.

Der Regirungscommissar erklärt sich gegen den Antrag und weist die einzelnen Zwecke nach, zu denen die Ausgaben gemacht wurden.

Abg. Miquel: Die Ansprüche auf die fraglichen Unterstützungen seien schon durch die unvordenkliche Verjährung rechtlich begründet; es sei Unrecht, derartige historische Rechte mit einem Male zu vernichten.

Nachdem Abg. Richter noch darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Unterstützungen sämmtlich so gering seien, daß ihr Wegfall durchaus keine Unzuträglichkeiten herbeiführen würde, und Abg. Miquel darauf erwidert hat, daß dies noch immer kein Grund zur Streichung sei, stimmt das Haus der Regierungsvorlage zu.

Titel 2 des Extraordinariums enthält die Summe von 80,000 Thlr. zur Erweiterung der Dienstlocale des statistischen Bureaus.

Abg. Klotz (Berlin) als Referent der Budgetcommission empfiehlt die Bewilligung der Summe, da thatsächlich eine Erweiterung des statistischen Bureaus dringend nöthig sei.

Abg. Rickert beantragt Streichung der Summe, da er es für unzweckmäßig halte, auch hier zu centralisiren; vielmehr werde man bei Zeiten wieder den einzelnen Communalbehörden die statistischen Arbeiten zuweisen müssen. Demnach sei es unnütz, für eine vorübergehende Einrichtung eine so große Summe auszugeben.

Abg. Miquel bekämpft den Antrag des Vorredners. Das statistische Bureau in Berlin hat sich so bewährt, daß man schwerlich wieder decentralisiren würde, zumal die Communalbeamten dadurch außerordentlich belastet würden.

Das Haus bewilligt darauf mit großer Majorität die Summe von 80,000 Thlr.

Ohne Debatte wird darauf noch eine rückständige Position aus den einmaligen Ausgaben der allgemeinen Finanzverwaltung erledigt, indem das Haus dem Antrage der Budget-Commission gemäß die geforderten 150,000 Thaler zur Erstattung von Vorschüssen der Reichsmilitär-Verwaltung zur Erbauung und Einrichtung der Artillerie-Werkstatt in Spandau nicht bewilligt.

Um 4¼ Uhr vertagt sich das Haus bis Donnerstag 10 Uhr. (Mehrere kleine Gesetz-Entwürfe, Etat des Cultus-Ministeriums.)

**Berlin**, 28. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem bisherigen kaiserlich deutschen Gesandten am königlich schwedisch-norwegischen Hofe, Freiherrn von Richthofen, den Rothen Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichts-Canzlisten Palkow in Hamm bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Canzlei-Rath verliehen.

Das 1. Stück des Gesetzblatts für Elsaß-Lothringen enthält unter Nr. 207 die Bekanntmachung, betreffend die Ausdehnung der Bestimmungen der Eisenacher Convention bezüglich der Kur-, Verpflegungs- rc. Kosten Hilfsbedürftiger auf Elsaß-Lothringen. Vom 16. Januar 1874.

**Berlin**, 28. Januar. [Beide kaiserliche Majestäten] empfingen gestern Allerhöchstihren Enkel, den Prinzen Wilhelm, zu seinem Geburtstage.

Heute besuchte Ihre Majestät die Kaiserin-Königin die fürstlich Radziwill'sche Familie, um zur Vermählung der Prinzessin Euphrosine Radziwill, vor ihrer Abreise, Glück zu wünschen. (Reichsanz.)

△ **Berlin**, 28. Januar. [Wahlen. — Aus dem Abgeordnetenhause.] Einen bemerkenswerthen Zuwachs wird die Fraction der deutschen Fortschrittspartei im Reichstage insofern haben, als sie zum ersten Male einen Würtemberger unter sich haben wird. Bisher hatte sie noch niemals ein Mitglied aus einem der süddeutschen Staaten, mit Ausnahme von sechs Vertretern fränkischer Wahlkreise Baierns. Der zur Volkspartei gerechnete würtembergische Reichstagsabgeordnete Schwarz wird sich in der Fortschrittspartei einer sehr freundlichen Aufnahme zu erfreuen haben; sein Eintritt in die Fraction der Fortschrittspartei bietet eine Garantie dafür, daß ein sehr respectabler Theil der würtembergischen Demokraten erkannt hat, wie weder das Verharren im Schmollwinkel, noch die von anderer Seite beliebte Verbrüderung mit der Bebel-Jacobi-Liebknecht'schen Socialdemokratie dem Vaterlande nützen kann und daß in dem geeinigten deutschen Reiche für alle landschaftliche oder Stammes-Antipathien unter Männern, deren politische Grundsätze im Wesentlichen übereinstimmen, kein Raum mehr sein darf. Die Anmeldung des Herrn Schwarz bei der Fortschrittspartei hat, wie ich höre, seinen Freunden Tafel und Oesterlen Veranlassung gegeben, alle Beziehungen zur Fortschrittspartei wieder anzuknüpfen; darnach ist zu hoffen, daß bei künftigen Wahlen mit der sogenannten deutschen Partei, das heißt der freiconservativ-altliberal-nationalliberalen Verbrüderung in Schwaben eine deutsche Fortschrittspartei um die Mandate concurriren wird. — Die Candidatur des Bezirksgerichtsrath Herz in Nürnberg wird in der heute Abend stattfindenden Wählerversammlung des III. Wahlkreises officiell aufgestellt werden. Herz selbst wird morgen hier eintreffen und übermorgen Abend seine Candidatenrede halten. An seiner Wahl ist nicht zu zweifeln, da sie von dem früheren Vertreter dieses Kreises, Windthorst jun., v. Hoverbeck, dem jetzt Erwählten, von den Landtagsabgeordneten desselben Bezirks, Runge und Zelle, sowie von den hier als Wähler fungirenden Landtags- und Reichstags-Abgeordneten Hagen, Parisius und Eugen Richter auf das Wärmste befürwortet wird, da ferner die gesammte hiesige fortschrittliche Presse dafür eintritt, und da endlich auch die nationalliberale Presse für diesen Kreis, in welchem jeder Versuch einer nationalliberalen Candidatur unmöglich ist, den fortschrittlichen Baiern vor jedem preußischen Fortschrittsmann den Vorzug giebt. Daß man sich auf allerlei Intriguen gegen Herz gefaßt machen muß, beweist ein Artikel der „Deutschen Reichs-Correspondenz." In demselben wird behauptet, daß ein großer Theil der Fortschrittspartei des III. Wahlkreises anstatt Herz den früheren Vertreter des Wahlkreises, Windthorst, wiederwählen wolle. Das ist baarer Unsinn, da hier jeder Wähler weiß, daß Windthorst auf das Entschiedenste abgelehnt hat, ein Reichstagsmandat anzunehmen, und daß lediglich deshalb von seiner Wiederwahl abgesehen wurde. — In der heutigen Tagessitzung des Abgeordnetenhauses kamen mehrere zweifelhafte Abstimmungen vor, weil bei vielen Anträgen der Budgetcommission zwar neben der Fortschrittspartei und den Klerikalen der Präsident der Commission, Lasker, sowie der Referent Kieschke und einige andere, meist ältere Mitglieder der nationalliberalen Fraction stimmten, die sehr große Mehrzahl der Fraction aber ihren Führer im Stich ließ und mit den Conservativen und der Regierung stimmte. Fortschrittlicher Seits ist man überhaupt zu der Ansicht gekommen, daß bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses oppositionelle Beschlüsse von irgend einer Erheblichkeit nicht durchzusetzen sind, sobald Lasker der Regierung seinen Schutz angedeihen läßt, daß aber die Regierung keineswegs bei einer Frage, wo sie Lasker gegen sich hat, die Flinte ins Korn zu werfen braucht. Die Zusammensetzung des Reichstages wird den Regierungen weniger günstig sein; namentlich wenn sie mit einem Preßgesetzentwurf debutiren, welcher Bestimmungen enthält, die auf das Entschiedenste von der Fortschrittspartei bekämpft werden müssen.

[Der Kaiser.] Die „Prov.-Corr." schreibt: Unser Kaiser, dessen Kräftigung in stetiger, erfreulicher Weise fortschreitet, hat in der letzten Zeit die Vorträge aus allen Zweigen der Regierung wieder mit alter Regelmäßigkeit entgegengenommen.

[Telegraphen-Störungen.] In Folge des starken Sturmes in der letzten Nacht sind sämmtliche östliche Leitungen gestört. Für Paris und Frankfurt zusammen ist nur eine Leitung disponibel. München und Malmoe ebenfalls gestört, Wien nur in einer Leitung.

D.N. [Capitän Werner.] In hiesigen Marinekreisen sieht man der in kürzerer Zeit bevorstehenden Beförderung des Capitän zur See Werner zum Contre-Admiral entgegen. Herr Werner ist gegenwärtig der zweitälteste Capitän zur See und bekleidet diese Charge seit dem 25. Januar 1870.

[Engere Wahlen.] Im 5. Wahlkreise des Reg.-Bez. Trier (Saarbrück): Gewählt Oberbergrath Bluhme (nat.-lib.) mit 9743 St.; Advokat Dr. Muth (ultram.) erhielt 5881 St. Im 2. Schleswig-Holsteinschen Wahlkr. (Flensburg): Gew. Prof. Dr. Hinschius mit 7249 St.; Krüger-Beftoft erhielt 93 St. Im 8. Wahlkr. des Reg.-Bez. Marienwerder (Deutsch-Krone): Rittergutsbesitzer Lehrke (nat.-lib.) mit 5956 St.; Gutsbes. Bredow (ultramont.) erhielt 3631 St. Im 9. Wahlkr. des Reg.-Bez. Frankfurt a. O.: Gew. Dr. Schacht-Sieskau (nat.-lib.) mit 6216 St.; Dr. Köster-Schliechow (konf.) erhielt 5382 Stimmen.

**Thorn**, 23. Januar. [Verhaftung.] Heute wurden die Rädelsführer des Pigrzaer Wahltumultes von einem Militärcommando, bestehend aus 1 Feldwebel und 12 Mann mit scharfen Patronen, verhaftet und in das hiesige Criminalgefängniß eingeliefert, nachdem der Gendarm die Arretirung derselben bei der Aufgeregtheit der dortigen Leute nicht hatte ausführen können.

**Tondern**, 28. Januar. [Bei der engeren Wahl] zum Reichstage im 4. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreise ist der national-liberale Candidat Dr. Wachs gegen Krüger-Beftoft mit großer Majorität gewählt worden.

**Hannover**, 24. Januar. [Das Welfenschloß.] Vom Kaiser ist nunmehr entschieden, daß das Welfenschloß für das hannoversche Polytechnikum eingerichtet werden soll. Die letzte Entscheidung der Frage liegt dann in den Händen des preußischen Landtages, welcher die nöthigen Gelder zum Umbau — 300,000 Thlr. — zu bewilligen hat.

**Braunschweig**, 28. Januar. [Die Landesversammlung] hat heute die Berathung des Wahlgesetzes begonnen und beschlossen, zwei Lesungen desselben vorzunehmen. Bei der Debatte machten sich über die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und die Beibehaltung der Interessen-Vertretung noch sehr weit auseinandergehende Ansichten geltend. Morgen soll die Berathung fortgesetzt werden.

**Aus Westphalen**, 24. Jan. [Friedrich Harkort], der alte und bewährte Kämpfer für Freiheit und Recht, legt heute in einem längeren Aufsatze gegen die Bestrebungen der ultramontanen Partei eine Lanze ein. Der Aufsatz führt die Ueberschrift: „Die Klagen über Verfolgung der Religion" — und es wird in demselben die Nichtigkeit des jetzt angestrebten „ultramontanen Martyrerthums", wie überhaupt der ultramontanen Forderungen klar dargelegt. Es heißt in dem lesenswerthen Artikel u. A.: „Der vierhundertjährige Kampf des deutschen Reichs gegen Rom muß im Interesse aller Staaten endgültig zum Austrag gebracht werden. Die englischen Katholiken antworteten nach Rom: „Wir wollen Englands Gesetze nicht brechen" — und diesem edlen Beispiele folgten die patriotischen deutschen Katholiken." Der Schluß des Artikels ist besonders erwähnenswerth; er lautet: „Huß auf dem Scheiterhaufen und die bergischen Reformatoren Clarenbach und Fliersbaden auf dem Richtplatz waren — Verfolgte; wenn aber ein preußischer Bischof (Dr. Martin in Paderborn) den Landesgesetzen trotzt, mit Geld in Strafe genommen, sein Inventar in Sicherheit bringt, sich auf den Märtyrer-Stuhl setzt, von den Löwen Diocletian's träumt und Condolations-Visiten von Damen und Herren annimmt, so ist das — — eine Comödie!"

**Elberfeld**, 27. Januar. [Telegramm an die Londoner Sympathie-Versammlung.] Im Auftrage einer großen Anzahl unserer Mitbürger ist heute nachfolgendes Telegramm an das in London versammelte, von Lord John Russell geförderte Meeting abgegangen:

„Revereud D. Badenoch, 12 Haymarket, London.

Protestantische Männer aller Parteien begrüßen freudig die Kundgebung englischer Sympathie für unseren Kampf gegen römische Herrschsucht, welche vereint zurückzuweisen die Aufgabe aller, die Freiheit des Geistes und Gewissens liebenden Völker ist."

**Köln**, 28. Januar. [Ansprache.] Die „Kölnische Zeitung" veröffentlicht eine längere, in sehr warmem Ton gehaltene Ansprache des Comitee's der Altkatholiken in Norddeutschland an die Katholiken Deutschlands.

**Dresden**, 28. Januar. [Die zweite Kammer] hat mit allen gegen 8 Stimmen ihren früheren Beschluß wegen Aufhebung der Art. 92 und 103 der Verfassung und wegen Einführung des Pairsschubs wiederholt resp. denselben dem abweichenden Beschlusse der ersten Kammer gegenüber aufrecht erhalten. Beide Kammern werden, wie die „Constitutionelle Zeitung" meldet, der Eröffnung des Reichstags wegen ihre Sitzungen vom 5. bis 8. k. Mts. aussetzen, von da bis zum 14. Februar ihre Berathungen wieder aufnehmen, dann aber bis zum Schlusse des Reichstages vertagt werden.

**Darmstadt**, 26. Januar. [Civilehegesetz.] Die Berathungen des Justizministeriums über die Civilehe-Gesetzgebung in den Provinzen Starkenburg und Oberhessen haben nach der „D. Z." zu Ende der verflossenen Woche ihren Anfang genommen.

**München**, 28. Januar. [Eisenbahn-Ankauf.] Gutem Vernehmen nach wird in der Abgeordnetenkammer in nächster Zeit durch den Abg. v. Schloer ein Antrag betreffend den Erlaß eines Gesetzentwurfs über den Ankauf der baierschen Ostbahn durch den Staat eingebracht werden.

**Stuttgart**, 28. Jan. [Verlobung.] Gestern hat hier die Verlobung des Herzogs Eugen von Würtemberg, des Sohnes des Herzogs Eugen zu Karlsruhe in Schlesien, mit der am hiesigen Hofe lebenden Großfürstin Vera, der Tochter des Großfürsten Constantin, stattgefunden.

**Stuttgart**, 28. Januar. [Zweite Kammer.] Auf die Interpellation des Abgeordneten Pfeiffer, betreffend die Einführung der obligatorischen Civilehe in Würtemberg, antwortet der Cultusminister Dr. v. Geßler: Die Stellung der würtembergischen Regierung zu dieser Frage hänge von dem Ergebniß der preußischen Gesetzgebung ab, so wie von der künftigen Stellung der Reichsorgane zu dieser Angelegenheit. Uebrigens lägen die Verhältnisse in Würtemberg anders als für Preußen. In Würtemberg müßte die Einführung der Civilehe mit der Neuregelung des gesammten materiellen Eherechts und der Ueberweisung aller Ehesachen an die Civilgerichte verbunden sein und diese Neuregelung würde in die Reichs-Civil-Prozeßordnung und die deutsche Gerichts-Organisation eingreifen. Deshalb erscheine es nicht angemessen, mit solcher durchgreifenden Aenderung im Wege der Landes-Gesetzgebung jetzt noch vorzugehen, zumal ein dringendes praktisches Bedürfniß dafür nicht vorhanden sei.

## Italien.

**Rom**, 22. Januar. [Aus der Deputirtenkammer.] Dem Deputirten Castiglia war es in der vorletzten Sitzung nicht wohl geworden und er mußte seine Philippica gegen den obligatorischen Unterricht unterbrechen, und als er sie nun gestern wieder aufnahm und alle möglichen und unmöglichen Gründe gegen den Entwurf vorrücken ließ, da wurde es seinen Zuhörern nicht wohl und sie hätten ihn nun am liebsten unterbrochen. Aber er ließ sich durch die Ungeduld und Unaufmerksamkeit des ganzen Hauses nicht aus der Fassung bringen und entwickelte erbarmungslos seine philosophischen Betrachtungen über die beiden Arten des Unterrichts, den durch directe Belehrung und den durch mittelbare Anregung, durch Natur und Leben, verstieg sich dann in metaphysische Theorien, um schließlich wieder die Behauptung aufzustellen, daß „der arme Mann" seine Kinder schon vom frühesten Lebensalter an zum Verdienen nöthig habe und sie deßhalb nicht in die Schule schicken könne. Das war der einzige praktische Gedanke, und er ist doch, bei Licht besehen, sehr unpraktisch. Man sieht, welche Mühe die Gegner des Entwurfs sich geben, um ihn zu Fall zu bringen. Lioy hat bereits eine Tagesordnung in der Tasche, welche das Gesetz im Ganzen beseitigen und nur den Theil stehen lassen will, welcher von der Aufbesserung der Lehrergehälter handelt. Aber er kann diese Tagesordnung erst nach Schluß der Generaldiscussion einbringen. Auf seine Rede, die immerhin das einzige Beachtenswerthe enthält, was gegen den Entwurf Scialoja's vorgebracht worden ist, hat dieser gestern selbst geantwortet. Scialoja ist, obwohl er über wenig oratorische Mittel gebietet, ein feiner und eindrucksvoller Redner und hat den Entwurf vom principiellen und vom praktischen Standpunkte aus schlagend vertheidigt. Er wies auf den beklagenswerthen, kürzlich hier constatirten Fall hin, daß eine Anzahl von 9—12jährigen Kindern von ihren Eltern an Speculanten geradezu verkauft worden sind. Glücklicherweise konnte den Speculanten das Handwerk gelegt werden, aber nur auf Grund eines Gesetzes, welches eben erst in der vorigen Session angenommen worden ist. Dieses Gesetz bildet eben so gut einen Eingriff in die schrankenlose patria potestas, wie das neue über den obligatorischen Unterricht; aber bemerkenswerther Weise ist bei seiner Berathung ein principieller Widerspruch nicht laut geworden. Es mag daraus geschlossen werden, daß ein guter Theil der Angreifer diesmal eigentlich den Esel meinen, wenn sie auf den Sack schlagen. Es zeigt sich so vielfacher Widerspruch, daß man fast an dem günstigen Ausgange der Berathungen zweifeln möchte. In der gestrigen Sitzung zeigte sich zum ersten Mal der frühere Minister-Präsident Lanza; er hat seinen Platz im Centrum genommen.

[Die Vermehrung der Post-Expeditionen in Italien] ist im Laufe des verflossenen Jahres beträchtlich; von 2618 ist ihre Zahl in den Städten und größeren Ortschaften auf 2718 gestiegen, von denen 3322 auf dem Lande auf 4536; bei den Expeditionen auf dem Lande ist demnach eine Vermehrung um 1214 eingetreten.

Der Professor Palmieri] macht in neapolitanischen Zeitungen Folgendes bekannt: Aus allen Ländern Europas werden Depeschen und Briefe an mich gerichtet und Nachrichten über die Thätigkeit des Vesuv von mir verlangt. Ich kann meine Erkundigungen nur beim Sismographen einziehen. Da aber dieses Instrument nicht allein die Bewegungen im Innern des Vesuv anzeigt, sondern auch die vulcanischen Vorgänge in andern und selbst entlegenen Ländern, wie in Deutschland, Spanien und Griechenland mittheilt, so werden seine Schwingungen nicht allein zweideutig, sondern mitunter sogar vieldeutig. Aber aus der Beobachtung der Krater geht hervor, daß die Thätigkeit der Elemente im Innern des Vesuv im Steigen ist. Das gilt namentlich vom nordwestlichen Krater, aus dessen Schlunde Rauchsäulen mit Zischen und Brausen aufsteigen und einen widerlichen chlor- und schwefelsauren Geruch verbreiten. Auch aus dem großen Spalte, der sich im Jahre 1872 nicht weit von ihm gebildet hat, steigen alkalische Chlordämpfe auf. Indessen scheint das Feuer im Grunde des Kraters noch nicht recht lebhaft zu sein, verspricht es aber mit der Zeit zu werden, wenn nicht bald ein Ausbruch am äußern Kraterrande erfolgt, bevor der Widerstand im Innern des Kraters gewaltsam gebrochen wird.

## Spanien.

**Madrid**, 21. Jan. [Die Uebergabe-Bedingungen für Cartagena] lauten:

Operationsheer vor Cartagena. Der Chefgeneral des Operationsheeres vor Cartagena, in Anbetracht der von dem Platz vollbrachten Vertheidigung und der Bitte, die an ihn im Namen der Menschlichkeit gerichtet wurde, daß das Blutvergießen aufhöre, gewährt, sobald genannter Platz mit seinen Castellen, Arsenal, Schiffen und allen Vertheidigungsmitteln, die er einschließt, übergeben ist, Folgendes:

Art. 1. Es sollen begnadigt sein die, welche die Waffen innerhalb des Platzes abliefern sowohl Chefs, als Offiziere, Chargen und Individuen der Land- und Seetruppen, der bewaffneten Freiwilligen oder mobilisirten Körperschaften.

Art. 2. Die Angehörigen des Land- und Seeheeres werden der Regierung zur Verfügung gestellt werden, um sie in die verschiedenen Körper des Heeres nnd der Armada zu vertheilen.

Art. 3. Die, welche von anderen bewaffneten Körperschaften herkommen. werden frei von jeder Strafe für die That der Rebellion nach Hause gehen.

Art. 4. Die, welche vom Zuchthause oder der Galeere wegen anderer Vergeben herkommen, sollen allein wegen der Rebellion als begnadigt angesehen werden, die ihren Ursprung in der cantonalen Erhebung hatte.

Art. 5. Es sind ausgenommen von vorstehendem Pardon („indulto") die Individuen, welche die revolutionäre Junta bilden oder an ihr Theil genommen haben; und im Fall, daß sie ergriffen werden, werden sie zur Verfügung der Regierung gestellt.

Art. 6. Alles Kriegs- und Marinematerial, Schiffe, Ausrüstungen und alles Geräthe, das der Kriegsverwaltung in genanntem Platze angehört,

wird einer Commission von Chefs und Offizieren dieses Heeres, die zu diesem Zweck ernannt wird, übergeben werden.

Art. 7. Für die Annahme der vorstehenden Bedingungen wird die unverrückbare Frist bis 8 Uhr Morgens des 13. g. gewährt, ohne daß irgend welche Bedingung oder Aenderung am Texte dieser Clauseln zugelassen würde, in dem Sinn, daß nach dem Erlöschen desselben die Operationen mit dem größten Nachdruck werden fortgesetzt werden, ohne daß noch einmal irgend ein Vorschlag zur Einstellung der Feindseligkeiten zugelassen würde. Hauptquartier vor Cartagena, 12. Januar. Lopez Dominguez."

**Cartagena**, 21. Jan. [Verfahren gegen die Aufrührer.] Der Generalpardon, welchen General Lopez Dominguez den Cantonalen in Cartagena gewährt hat, hindert die Regierung nicht, dem allseitigen Verlangen der zurückkehrenden Bürger nach gerichtlichem Einschreiten gegen die Uebelthäter gerecht zu werden. Im Vertrauen auf den Pardon sind die „Voluntarios" von gestern den ausgeplünderten und ruinirten Mitbürgern nicht aus dem Wege gegangen. Ja, sie haben die verstohlene Beute nicht für Raub geachtet und einen schwungvollen Handel damit angefangen; besonders in den nahen, gewerb- und gesindelreichen Minen-Städtchen Las Herrerias. Dieser Scandal weckte die Entrüstung und einstimmige Reclamation der Gutgesinnten. Sei es nun, daß sich die Regierung an die Capitulations-Bedingungen ihres Generals nicht kehrte, oder daß sie den Begriff des „gemeinen Verbrechens", dessen gerichtliche Verfolgung vorbehalten ist, ausnützen will: sie hat Befehl gegeben, alle, welche an der cantonalen Bewegung betheiligt waren, festzunehmen und vor das Kriegsgericht oder bürgerliche Tribunal zu stellen, welche beide in angestrengtester Thätigkeit begriffen sind. Der Marine-Minister Admiral Topete ist als Delegirter der Regierung unterwegs, „ausgerüstet (wie das Decret sagt) mit allen Befugnissen und Attributen, welche der Executiv-Gewalt zukommen, um in allem, was auf den letzten Aufstand und auf die in demselben verwickelten Personen Bezug hat, zu verfügen."

Unter den Verhafteten befindet sich auch der Pariser Communard Combatz. Er war nach Cartagena berufen, um dort seine militärischen und revolutionären Erfahrungen zu verwerthen; er sollte Minen und Torpedos legen ꝛc. Er lungerte übrigens in Cartagena müßig herum, ohne viel zu nützen noch zu schaden. Nach Oran mit den Andern konnte er nicht flüchten, da er in Frankreich zum Tode verurtheilt ist. Er blieb zurück und suchte sich durch Abnahme seines rothen Vollbarts unkenntlich zu machen. Er wurde aber erkannt, da er in den Eisenbahnzug steigen wollte. Er zeigte einen Paß vor, mit dem Stempel der „constituirenden Cortes", der ihm freie Circulation überall hin sicherte. Der Paß soll die Unterschrift einer bedeutenden Madrider Persönlichkeit tragen. So viel ich weiß, kam Combatz, von Amerika durch Garrido gerufen, nach Spanien und sollten seine Dienste gegen die Carlisten benützt werden. Man stand jedoch davon ab, um sich nicht socialistisch anrüchig zu machen. — Ein anderer Häuptling des Cantons und Junta-Mitglied, der Thierarzt Eduarte, entkam, wie man wissen will, mit Hilfe des deutschen Consuls Spottorno, in dessen Haus er sich geflüchtet hatte, bis er mit Reisegeld versehen davon konnte und alles zum Dank für das Todesurtheil gegen den jungen Herrn Spottorno, welches er mit unterzeichnet hatte.

Auf das Café de la Marina", wo das Hauptquartier aller politischen Größen des Cantons sich befand, ist von aufgebrachten Bürgern ein Sturm versucht, aber von der Behörde verhindert worden. Eine Bekanntmachung des Gemeinderaths bittet die Emigranten, ihre Rückkehr noch einige Zeit zu verschieben, bis mit dem angehäuften Schmutz und Leichen von Menschen und Thieren die Gefahr einer Epidemie weggeräumt sei. Neun Zehntel der Stadt sind vollständig zerstört.

## Großbritannien.

E. C. **London**, 24. Januar. [Rundschreiben Gladstone's.] Gleichzeitig mit der Adresse an seine Wähler versandte Gladstone das folgende Rundschreiben an die Mitglieder der liberalen Partei:

„Downing Street, 23. Januar. Sir! Nachdem J. Maj. Minister die Auflösung des Parlaments angerathen und J. Maj. Genehmigung hierzu erhalten haben, werden ohne Verzug Maßregeln ergriffen werden, um die Meinung des Landes zu erproben. Die Wahlansprache Herrn Gladstone's wird in den morgenden Blättern veröffentlicht werden. Es wird aufrichtig gehofft, daß diese Anzeige — die früheste, die unter den Umständen möglich war — Ihnen persönliche Ungelegenheiten so viel als möglich verringern werde. Genehmigen Sie ꝛc. ꝛc."

Gezeichnet sind die Briefe durch Gladstone's Privatsecretär Arthur W. Peel. Die Entschuldigung, welche dieses Rundschreiben von wegen der „persönlichen Ungelegenheiten" ausspricht, ist wahrlich keine überflüssige; denn die Ueberraschung war keine angenehme und hat in liberalen Kreisen einen peinlichen Eindruck hervorgebracht.

[Die Hochzeit des Herzogs von Edinburg] wurde in London so gut gefeiert, als sich, ohne Braut und Bräutigam am Orte zu haben, erwarten ließ. Die Regierungsgebäude flaggten, einige Kirchen des Westends und der City ließen ihre Glocken lustig läuten und die unvermeidlichen Kanonen donnerten im St. James-Parke und vom Londoner Tower ihre Festgrüße. In der Westminsterabtei fand vor einer außerordentlich großen Versammlung eine Art Trauungsceremonie statt. Gebete wurden gesprochen, aus dem alten Testamente die Geschichte Isaaks und Rebekkas und aus dem neuen Testamente die Hochzeit von Kanaan vorgelesen, Psalmen und feierliche wie freudige Hymnen gesungen und zum Schluß wurde der „Hochzeitsmarsch" prachtvoll ausgeführt. In der russischen Kapelle fand ebenfalls ein Gottesdienst, und zwar kurz vor zwölf Uhr statt. Der russische Botschafter Graf Brunnow war zugegen und eben so sehr viele Mitglieder der Botschaft, sowie auch sonstige angesehene Gäste. Die Feier begann mit einem über das ferne Brautpaar ausgesprochenen Segen, dem das Te Deum folgte. Als der Gottesdienst beendet war, brachte, wie üblich, der russische Priester das Kreuz rings herum zu den Versammelten, die es andächtig küßten. Dr. Popow und die übrigen Priester trugen die pomphaftesten Gewänder, welche denjenigen Zuschauern, die einem russischen Gottesdienste noch nie beigewohnt hatten, nicht wenig imponirten. Was die Theater anbetrifft, so wurde zwar nirgends etwas Neues vorgebracht, aber in allen fand die eine oder andere Anspielung auf das Ereigniß des Tages statt. Die englischen und russischen Nationalhymnen wurden gespielt, die Häuser glänzend erleuchtet. Das „Olympic" gestattete für Parterre, Amphitheater und Galerie freien Zutritt, und das Volk machte von dieser Freundlichkeit den weitest gehenden Gebrauch. Der Krystallpalast ließ es sich natürlich nicht nehmen, in Feuerwerken das Mögliche zu leisten, und entzückte die zahlreichen Zuschauer mit der Aufführung einer Allegorie, die den Titel führte „Liebe und Friede, oder das Fest des Neptun". Earl Granville, der Minister des Aeußern, gab ein großes Diner, zu dem der russische und der deutsche Botschafter, viele andere Mitglieder des diplomatischen Corps und die Minister geladen waren.

[Das Parlamentsmitglied Herr Whalley,] der sich bekanntlich so ungemein für den angeblichen Tichborne interessirt und oft sehr unvorsichtig dabei verfuhr, ist endlich gründlich in die Hände der Gerichte gefallen. Herr Whalley war nämlich für die Glaubwürdigkeit eines Zeugen — des berüchtigten Luie — trotz des gerichtlichen Urtheils, das anders erkannt hatte, eingetreten und hatte einen dahin sich aussprechenden Brief in mehreren Blättern veröffentlicht. Herr Whalley wurde hierauf vor Gericht geladen und dort, obwohl sein Vertheidiger das Bedauern über den Vorfall ausdrückte, wegen Mißachtung des Gerichtshofes zur Zahlung einer Strafsumme von 250 L. verurtheilt. Da Herr Whalley die Summe nicht zahlen zu wollen erklärte, befahl der Gerichtshof seine Verhaftung und der Verurtheilte wurde nach dem Gefängniß zu Holloway abgeführt. Dieser Gerichtsact ist indessen nicht so einfach und berechtigt, wie er aussieht, und wird wahrscheinlich noch viel von sich reden machen. Denn Herr Whalley war Unterhausmitglied und durfte als solches nicht ohne Weiteres verhaftet werden. Es wurden bereits in den Zeitungen Präcedenzfälle für und gegen angeführt, und der Streit würde sehr viel Interesse erregt haben, wenn nicht die plötzliche Parlaments-Auflösung ihm für den Augenblick die Spitze abgebrochen hätte.

**London**, 25. Januar. [Dr. Kinnaird.] Des in Berlin erscheinende „Deutsche Wochenblatt" brachte vor einiger Zeit die Notiz, daß das englische Parlamentsmitglied für Perth Mr. Arthur Kinnaird, dem es einen Spitznamen beilegte, sich von Gladstone habe bestimmen lassen, dem für den 27. d. M. in London projektirten Meeting nicht beizuwohnen. Diese Mittheilung erscheint unglaubwürdig, da Arthur Kinnaird in England zu den entschiedensten Verfechtern der deutschen Kirchenpolitik gehört und bekanntlich auch ausersehen wurde, dem Fürsten Bismarck während der Dreikaiserzusammenkunft eine Adresse englischer Notabeln zu überreichen, welche ihrerzeit so viel Aufsehen erregte. Ein Berliner Correspondent der „Elbf. Ztg." ist jetzt in der Lage, die Unrichtigkeit jener Note durch folgendes Schreiben, welches Mr. Arthur Kinnaird an ihn gerichtet hat, erhärten zu können:

„London, 23. Januar 1874. Ich bin Ihnen für Ihr Schreiben vom 17. d. sehr verbunden und bedauere, daß sich die Beantwortung desselben durch einen Besuch verzögert hat, den ich meinen Wählern in Schottland abstattete. Das „Deutsche Wochenblatt" ist über die Meinung, welche ich betreffs des Meetings vom 27. hege, durchaus falsch berichtet. Ich habe die Abhaltung desselben von Anfang an gebilligt und mich deshalb selbst zu Lord Russel begeben. Es ist mein fester Entschluß, bei dem Meeting zugegen zu sein und ich stimme durchaus den beabsichtigten Zwecken desselben bei. Ich habe meine Ansichten auch nicht im Geringsten geändert, sondern bin in meiner Würdigung des großen Dienstes, welchen Fürst Bismarck der wahren Freiheit leistet, im Gegentheil nur bestärkt worden. Was Mr. Gladstone betrifft, so irrt sich das „Deutsche Wochenblatt" gleichfalls. Er hat niemals versucht mich zu beeinflussen, obgleich ich noch in der vergangenen Woche eine lange Unterredung mit ihm hatte. Wenn Lord Russell jünger an Jahren, so würde er sicherlich das Präsidium am 27. d. M. übernommen haben. Doch seine Aerzte verbieten es, und die Thatsache, daß man ihn ersucht hat, zu präsidiren, beweist, daß das Meeting keinerlei Parteicharakter hat. Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, welche Sie mir gegeben haben, dem Fürsten Bismarck meine warmen Sympathieen in dem Kampfe gegen die Ultramontanen von Neuem auszudrücken und ermächtige Sie, dies Schreiben, falls Sie es wünschen, zu veröffentlichen. Uebrigens weiß auch Ihr Botschafter, Graf Münster, daß mein Interesse an der Sache unverändert ist. A. Kinnaird."

# Provinzial-Zeitung.

*** **Breslau**, 29. Januar. [Miarka entflohen.] Wie der „Ob.-Grenz-Ztg." aus Königshütte gemeldet wird, soll Herr Miarka, welcher Urlaub erhalten hatte, verduftet sein. Herr Miarka war bekanntlich Redacteur des ultramontanen „Katholik".

Alarmirung.] Von 3 Stationen gleichzeitig alarmirt, rückte die Hauptfeuerwache gestern Nachmittag 2 Uhr nach dem Hause Antonienstraße No. 34, woselbst muthmaßlich durch den aus einer unverschlossenen Schornsteinöffnung herausgefallenen glühenden Ruß auf dem Bodenraume Feuer ausgebrochen war. Obwohl dasselbe in dem aufgestellten alten Hausrath ꝛc. reichliche Nahrung gefunden und bereits den ganzen Dachstuhl angegriffen hatte, gelang es dennoch den Anstrengungen der Feuerwehr, ein weiteres Umsichgreifen zu verhüten.

**Sagan**, 27. Jan. [Zur Tageschronik.] In der am 20. d. Mts. abgehaltenen General-Versammlung des hiesigen Vorschuß-Vereins wurde der Geschäfts- und Kassenbericht des 11. Geschäftsjahres der Versammlung vorgetragen. Nach demselben hat der Verein bei bedeutend größerem Geschäfts-Umfange und trotz des im Allgemeinen nicht günstigen Geschäftsganges dennoch ohne Verlust abgeschlossen. Die Mitgliederzahl betrug Ende Dezember v. J. 401 gegen 386 ult. Dezember 1872. Gesammt-Einnahme des Vereins: 244,013 Thlr. 8 Sgr. 6 Pf., Ausgabe 241,293 Thlr. 3 Sgr. 7 Pf., mithin Gesammt-Umsatz der Casse: 485,306 Thlr. 12 Sgr. 1 Pf. gegen 372,966 Thlr. 12 Sgr. 7 Pf. 1872. Das Guthaben der Mitglieder betrug in Summa 20,936 Thlr. 9 Sgr. 6 Pf. Die Spareinlagen nebst Zinsen belaufen sich auf 36,614 Thlr. 17 Sgr. 10 Pf. Die Dividende von 12,419 Thlr. ist auf 8⅓ Prozent festgesetzt worden. Der Reservefond wird sich jetzt auf 1700 Thlr. 23 Sgr. 1 Pf. stellen. — Im nahen Dittersbach sind nach einer Mittheilung unseres Wochenblattes am 22. d. M. die ersten Staare gesehen worden, ihre Nistkästchen aufsuchend und lieblich pfeifend. — Während bei uns der 18. Januar der Gedenktag der Proclamation des Deutschen Kaiserreiches still vorübergegangen ist, feierte an diesem wichtigen Tage der „Krieger-Verein" in Naumburg a. B. sein 2. Stiftungsfest mit Ausmarsch, Concert ꝛc. und Ball in würdevollster Weise. Die Vereine Grünberg und Christianstadt hatten zum Festtage Deputationen gesendet. — Da in Beziehung auf die hiesige Bahnhofs-Anlage der Gassen-Arnsdorfer Linie immer noch keine endgültige Entscheidung getroffen ist, wird kaum die Hoffnung, daß die genannte Bahnlinie schon im laufenden Jahre in Betrieb kommt, in Erfüllung gehen. Wie verlautet, soll der hies. Bahnhof ein Inselbahnhof werden und das Empfangsgebäude künftig nur durch einen Tunnel zugänglich sein. Um nach den Kohlenplätzen der Zweigbahn zu gelangen, wird man vom Ende der Bahnhofstraße aus zwei Unterführungen der neuen und alten Bahn passiren müssen. Da bei Durchführung dieses Projects in der Nähe des Bahnhofes mehrere lange und tiefe Einschnitte entstehen, in denen Verkehrsstockungen unausbleiblich sind, so hat der hiesige kaufmännische Verein den Herrn Handelsminister in einer Petition um gänzliche Trennung des Personen-Verkehrs vom Güterverkehr, wodurch die Unterführungen und Einschnitte vermieden würden, gebeten.

**Wohlau**, 26. Jan. [Tageschronik.] Gestern wurden nach dem Hauptgottesdienst in der evangelischen Kirche die 10 Kirchenältesten durch den Superintendenten Krebs feierlichst verpflichtet und in ihr Amt eingeführt. Die gewählten 30 Gemeinde-Vertreter waren nicht zu dieser Feier eingeladen. In der hiesigen katholischen Gemeinde wurden in dem verflossenen Jahre geboren: 28 männliche, 27 weibliche Kinder; darunter 3 todtgeborene und 4 uneheliche. Getraut wurden 8 Paar. Gestorben sind 23 männliche und 26 weibliche Personen. — Am 17. d. M. feierte der hiesige zahlreiche Krieger-Verein sein Stiftungsfest. Derselbe gedeiht sichtlich unter der umsichtigen Leitung seines Vorstandes.

s. **Waldenburg**, 27. Januar. [Gewitter. — Zu dem Morde bei Freiburg. — Berufung. — Zumuthung an Lehrer.] In den letzten Tagen wechselten Frost und Thauwetter, Sonnenschein und Sturm vielfach mit einander ab, und heut früh entlud sich bei heftigem Unwetter gar ein Gewitter über unserer Stadt, welches sich zwischen 6 und 7 Uhr durch starkes Donnern und Blitzen bemerkbar machte. — Bezüglich des Mordes auf dem alten Berge bei Freiburg macht der Königl. Staatsanwalt bekannt, daß nach dem Ergebniß der gerichtlichen Section die Fabrikarbeiterin Auguste Klose unmittelbar verschiedenen, ihr mittelst eines gewichtigen Instrumentes zugefügten schweren Kopfverletzungen erlegen, auch Verdacht vorliegt, daß mit der Ermordung der Klose zugleich ein anderes Verbrechen an derselben verübt worden ist. Kurz vor Auffindung des Leichnams wurde an dem präsumtiven Thatorte ein Mann mit verworrenem Haar und mit Schnurrbart, bekleidet mit langem schwarzen Rock, dunkler seidener Mütze und grauen Hosen gesehen. — Lehrer Wieczorek, an der hiesigen evang. Stadtschule angestellt, ist als Lehrer nach Breslau berufen worden und hat deshalb sein hiesiges Amt gekündigt. — Was Lehrer trotz vieljähriger Wirksamkeit von manchen Communen zu erwarten haben, geht aus einem Beispiel hervor, welches die „Waldb. Ztg." mittheilt. In einer Ortschaft des Kreises wurde wegen Besprechung in Betreff des Schulhausbaues eine Gemeinde-Versammlung abgehalten, in welcher der Lehrer folgende Redensarten zu hören bekam: „Sie müssen ja mit jeder Wohnung zufrieden sein; Sie müssen schließlich auch zufrieden sein, wenn Sie gar keine Wohnung erhalten." Als es sich um die Wohnung für den Hilfslehrer handelte, hieß es: „Sie können ja mit einander in eine Stube ziehen, im Gemeindehause wohnen sie auch beieinander." Solche Aeußerungen sind noch von dem intelligenteren Theile des Ortes gefallen.

□ **Reichenbach**, 27. Januar. [Wahl. — Interconfessioneller Handwerker-Verein.] Durch die stattgefundene engere Wahl zwischen Dr. Websky und Graf Stolberg, zu der die liberale Partei es in offener Agitation den geheimen Bemühungen der Ultramontanen gleich zu thun suchte, ist wohl der Beweis geführt worden, daß speciell in unserem Kreise das liberale Element stets den Sieg erringen muß, wenn ein Jeder bei der Wahl seine Schuldigkeit thut. Die Betheiligung war diesmal eine sehr erfreuliche, so z. B. gaben in Stadt Reichenbach 75 pCt. und in einigen Dorfschaften sogar noch ein größerer Theil ihre Stimmen ab. Die Social-Demokraten betheiligten sich fast gar nicht und obgleich aus dem Kreise Neurode, an dessen Aufklärung Herr Klambt (Redacteur des Neuroder Hausfreundes) seit vielen Jahren mit unermüdlichem Eifer arbeitet, noch recht schwarze Resultate kamen, so steht doch bereits fest, daß der liberale Candidat, Herr Dr. Websky, mit ganz bedeutender Majorität den Sieg errungen! — Zur Charakterisirung der Mittel, welcher sich die Ultramontanen zur Wahlagitation bedienten, diene folgendes: Ein paar hiesige Bürger verließen des Nachts in angeheitertem Zustande ein Local; der Eine wollte zeigen, daß er noch grade gehen könne und bestieg die Umfassungsbarriere einer auf hiesigem Markte stehenden Johannes-Statue — dieses an sich vollständig unschuldige Unternehmen wurde in dem ultramontanen Wahlaufruf als ein fanatisch-intolerantes Attentat bezeichnet, das eine Frucht des Strebens derjenigen Gegner sei, welche täglich in der liberalen Presse Ausfälle auf die christlichen Gefühle der Ultramontanen zu schreiben bemüht seien! — An der Spitze der hiesigen sogenannten Christlichconservativen steht der Kreis-Gerichts-Salarien-Cassen-Rendant Wengler und erregt dessen Thätigkeit in dem kath. Casino und bei Wahlversammlungen gerechte Verwunderung. — Der von unserem verstorbenen Pastor König noch begründete interconfessionelle Handwerkerverein erfreut sich einer recht lebhaften Theilnahme, derselbe hat jetzt ca. 90 Mitglieder — katholisch und evangelisch — welche fleißig die Vorträge frequentiren und sich in jeder Weise fortzubilden suchen; kürzlich feierte dieser Verein sein erstes Stiftungsfest durch verschiedene Vorträge und Ball, bei welchem auch die Ehrenmitglieder anwesend waren und verlief dieses Fest in schönster Weise. — Der Bau des hiesigen neuen Rathhauses schreitet nun rüstig vorwärts, und soll dasselbe am 1. October d. J. bezogen werden. Gestern beschloß die Stadtverordneten-Versammlung, außerhalb der Stadt ein Armen- und Krankenhaus zu errichten, um damit einem längstgefühlten dringenden Bedürfnisse abzuhelfen, da z. B. das hiesige Krankenhaus Bethanien ansteckende Kranke gar nicht in Pflege nimmt. Diese müssen also in den resp. Familien bleiben, was bei Epidemieen von unermeßlichem Schaden sein kann.

### Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

| Januar 28. 29. | Nachm. 2 U. | Abds. 10 U. | Morg. 6 U. |
|---|---|---|---|
| Luftdruck bei 0° | 332''',76 | 331''',61 | 334''',72 |
| Luftwärme | + 0°,5 | — 1°,6 | — 2°,5 |
| Dunstdruck | 1''',79 | 1''',58 | 1''',40 |
| Dunstsättigung | 86 pCt. | 91 pCt. | 88 pCt. |
| Wind | NW. 4 | NW. 2 | W. 1 |
| Wetter | wolkig. | heiter. | trübe. |

**Breslau**, 29. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 64 Cm. U.-P. — M. 10 Cm. Eisstand.

## Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

**Posen**, 28. Januar. Heute fand unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten behufs der Berathung des Friedenthal'schen Kreisordnungs-Entwurfes eine Conferenz der höheren Verwaltungs-Beamten statt, welche sich, wie verlautet, im Princip für die Einführung der Kreisordnung, jedoch mit verschiedenen Abänderungen, namentlich dem Wegfall des Amtsausschusses aussprach.

**London**, 27. Jan. Das Meeting in St. James-Hall, das gegen vier Stunden dauerte, begann mit einem Gebete, das Prediger Cadman für Erhaltung der Freiheiten und Privilegien sprach, deren sich England erfreue und das mit dem Wunsche schloß, daß es dem deutschen Kaiser gelingen möge, die nämlichen Freiheiten auch für seine Unterthanen zu erringen. Präsident Sir John Murray zeigte demnächst an, daß unzählige Zustimmungs-Adressen und Erklärungen aus allen Gegenden der Welt eingegangen seien, unter Anderem von Seiten der Erzbischöfe von Canterbury und York, von 337 Mitgliedern des Parlaments, von 1200 den verschiedensten religiösen Bekenntnissen angehörenden Geistlichen und aus 60 größeren Provinzialstädten. Nach demnächstiger Verlesung der Briefe Lord Russell's und Stanley's erklärte der Präsident, der Zweck des heutigen Meeting sei ein zweifacher. Es solle der Sympathie Ausdruck gegeben werden, die das englische Volk für Deutschland in dessen Kampfe mit dem Ultramontanismus empfinde, es solle aber auch England selbst aus seinem lethargischen Schlafe zur nachdrücklichen Bekämpfung des gefährlichsten aller Feinde erweckt werden. Die unübertreffliche Antwort des deutschen Kaisers auf die Zuschrift des Papstes habe nicht nur bei allen Protestanten Europas die lebhafteste Billigung gefunden, sondern sei vor Allem auch als ein noch zeitiger Warnungsruf für die britische Nation hoch anzuschlagen. (Stürmischer Beifall.) Das heutige Meeting solle nun bekunden, daß Männer des verschiedensten religiösen Bekenntnisses und der verschiedensten politischen Parteistellungen zusammengekommen seien, um alle ihre kleinlichen Meinungsverschiedenheiten aufzugeben und zu begraben und sich zu einigen in dem einen Ziele, daß dem Papste und den Vertretern des Papstthums ein energisches Halt! zugerufen werden müsse. (Wiederholter stürmischer Beifall.) Der Dechant von Canterbury begründete hierauf die erste Resolution. Es handle sich nicht darum, sich über diejenigen Punkte auszusprechen, in denen die Katholiken und die Protestanten als religiöse Körperschaften auseinandergehen; die gegenwärtigen Forderungen der Katholiken seien viel weitgehender als vor 40 Jahren, wo dieselben in England die Emancipation ihres Clerus verlangten. Den Protestanten komme es nicht entfernt bei, die religiöse Freiheit der Katholiken zu beschränken, es sei aber ihr Recht, für sich dieselbe Freiheit in Anspruch zu nehmen, welche die Katholiken genössen. Es handle sich bei der ganzen Frage überhaupt nicht um die Religion, sondern um die jedem Bürger eines Staates obliegende Pflicht des Gehorsams gegen Gesetz und Verfassung. Die Theilenhmer des Meetings seien lediglich in ihrer Eigenschaft als Bürger eines Staates zusammengetreten, nicht der Katholicismus, sondern der Ultramontanismus werde von ihnen bekämpft, dem Kampfe Deutschlands gegen diesen Ultramontanismus solle durch das Meeting Zustimmung und Sympathie ausgedrückt werden. Kaiser Wilhelm aber erfülle eine ihm obliegende Pflicht, wenn er seine Unterthanen in ihren Rechten und in ihrer Gewissensfreiheit schütze. Der Ultramontanismus sei unmöglich, denn derselbe sei nichts als das Verlangen absoluter Gewalt in allen materiellen und geistigen Angelegenheiten für den Papst. Alles solle dem Papste unterworfen sein, Der Papst habe jetzt sogar auf Kosten der früheren Unabhängigkeit seiner Bischöfe und Priester seine Macht vergrößert. Die römische Curie bestehe thatsächlich nur aus Jesuiten, deren Ansichten dem Geiste der Zeit diametral entgegengesetzt seien. Dr. Döllinger in München sei früher gleichfalls ultramontan gewesen, er habe jedoch den Jesuiten auf dem von diesen eingeschlagenen Wege nicht weiter zu folgen vermocht, mit ihm viele Andere, wie sich dies aus der religiösen Bewegung in Deutschland und der Schweiz ergebe. Kaiser Wilhelm und der Reichskanzler Fürst Bismarck (stürmischer Beifall) seien die Vertreter der Ideen und der Gefühle des deutschen Volks. Ihnen werde von den deutschen Bischöfen hartnäckiger Widerstand geleistet. Der deutsche Kaiser sei aber ein so großer Mann und besitze in seinem Reichskanzler ein so gewaltiges Rüstzeug seiner Pläne, daß er die Rechte seiner Unterthanen nicht verkümmern und die Zukunft der großen deutschen Nation nicht auf's Spiel setzen lassen könne. Es sei daher der Wunsch gerechtfertigt, daß der begonnene Kampf erfolgreich zu Ende geführt werde. — Parlamentsmitglied Sir Thomas Chambers drückte seine Befriedigung darüber aus, daß bürgerliche und geistige Freiheit und päpstliche Herrschaft einander im Kampfe gegenüber stehen. Seit 500 Jahren sei kein Augenblick vergangen, in dem es nicht nothwendig gewesen, gegen Vergewaltigungen durch die römische Geistlichkeit anzukämpfen, ja sogar dagegen anzustreben, daß nicht aller Grundbesitz in deren Hände gerathe. Die Rechte der Krone seien gefährdet gewesen und, bevor noch das Wort; „Ultramontanismus" erfunden worden, habe sich England dagegen erhoben. Wollten Kaiser, Könige und Präsidenten die jetzigen Forderungen des Papstes sich gefallen lassen, so würden sie nur einfache Minister des Papstes sein. (Lebhafter Beifall.) Namens der unabhängigen Religionsbekenntnisse führte Jobson für die Nesolutionen das Wort. Die zweite Resolution wurde von Whistle begründet. Derselbe machte hauptsächlich geltend, daß in allen Ländern ein gemeinsames Bestreben hervortrete, die Einflüsse der jedem Fortschritt feindlichen katholischen Geistlichkeit zurückzuweisen. Newdegate unterstützte die Resolution und wies darauf hin, daß der Jesuitismus fast alle politischen Verwickelungen und Kriege unter den Völkern heraufbeschworen habe. Als Begründer der dritten Resolution trat Sir Robert Peel auf. Er gab hauptsächlich dem Wunsche Ausdruck, daß Deutschlands Macht so wachsen möge, daß dasselbe im Stande sei, in dem begonnenen Kampfe Sieger zu bleiben und dem deutschen Stamme, in dem die Tugenden der Gerechtigkeit und Nachsicht vereinigt seien, seine bürgerliche und religiöse Freiheit sicher zu stellen. Alle Redner hoben hervor, daß es an England sei, den Vergewaltigungen des Ultramontanismus den entschiedensten Widerstand entgegen zu setzen.

**London**, 28. Januar. Das zweite, gestern Abend in Exeter-Hall stattgehabte Protestanten-Meeting war gleichfalls außerordentlich zahlreich besucht. Sir John Murray führte gleichfalls den Vorsitz. Die beantragten Resolutionen sind die nämlichen, die in dem Meeting in St. James-Hall angenommen waren. Die erste spricht dem Briefe des deutschen Kaisers an den Papst Anerkennung aus. Die zweite erklärt, daß „es Recht und Pflicht der Völker ist, bürgerliche und reli-

gige Freiheit zu wahren und daß daher die Versammlung dem deutschen Volke in seinem Entschlusse, der Politik der ultramontanen Partei in der katholischen Kirche standfesten Widerstand zu leisten, tiefes Mitgefühl entgegenbringe." Die dritte Resolution beauftragt den Vorsitzenden, die vorstehenden Beschlüsse zur Kenntniß des deutschen Kaisers und des deutschen Volkes zu bringen. Die Begründung der ersten Resolution erfolgte durch Dr. Smith. Derselbe hebt hervor, was Kaiser Wilhelm gethan, sei durchaus recht und billig; es sei zu wünschen, daß derselbe auf der betretenen Bahn fortschreite. Die heutigen Meetings würden für England von der größten Bedeutung werden. Die große Wichtigkeit der Frage, um die es sich handele, werde von den englischen Staatsmännern und Geistlichen noch nicht genügend gewürdigt. Man solle ja nicht dem Glauben sich hingeben, daß der Kampf auf nur ein einziges Land beschränkt bleiben könne. Der Amerikaner Dr. Chiniquy, der 25 Jahre lang katholischer Geistlicher gewesen, erklärt, der Ultramontanismus sei nichts wie eine große Verschwörung gegen die göttlichen Wahrheiten und gegen die Rechte jedes geordneten Landes. Dr. Aldwell aus Portsmouth wendet sich gegen den Erzbischof Manning und hebt hervor, das Papstthum wolle auch Englands Gesetze mit Füßen treten. Dr. Evans aus Birmingham spricht dem geeinigten Deutschland seine Glückwünsche aus und feiert dessen Kaiser mit enthusiastischen Worten. Alle Resolutionen wurden unter großem Beifall angenommen.

**London**, 28. Januar. Aus Yeddo wird vom 14. d. gemeldet, daß dort ein Mordversuch auf den zweiten Präsidenten des Staatsraths Iwakura stattgefunden hat. Letzterer ist leicht verwundet. — Nach New-Yorker Meldungen vom heutigen Tage ist der Ontario-See an mehreren Stellen über seine Ufer getreten und ist dadurch ein erheblicher Schaden angerichtet.

**Kopenhagen**, 28. Januar. In der heutigen Sitzung des Folkethings wurde nach mehrtägiger Discussion die motivirte Tagesordnung, welche die vom Ministerium veranlaßte Veröffentlichung des königlichen Handschreibens vom 2. Januar (Erwiederung des Königs auf die vom Folkething am 18. December v. J. an denselben gerichtete Adresse) mißbilligt und dagegen protestirt, daß der König dadurch in den Parteistreit hineingezogen werde, mit 57 gegen 31 Stimmen angenommen. Von Seiten des Ministeriums war im Verlaufe der Diskussion erklärt worden, daß die Annahme dieser Tagesordnung ohne praktische Folgen sei.

**Berlin**, 28. Januar. Die Börse zeigte auch heute auf allen Gebieten eine ruhige und feste Physiognomie und konnte der Verkehr in Anbetracht, daß die Thätigkeit überhaupt eine sehr eingeschränkte gegenwärtig ist, wohl befriedigend genannt werden. Eine lebhaftere Kauflust trat zwar nirgends zu Tage, es waltete aber offenbar zwischen Angebot und Nachfrage jenes Verhältniß, das nach festem Stile ein Uebergewicht aufkommen läßt, das also auch dem Verkehr eine gesunde Basis gab. Vorübergehend übten die heut erfolgten Prämienerklärungen auf die Eisenbahnactien einen Druck aus, jedoch ging auch die Prämienregulirung glatt und schnell von Statten, so daß der hierdurch etwa bedingte Einfluß immer nur untergeordneter Natur war. Die internationalen Speculationspapiere verhielten sich sehr träge und ließen im Course wenig nach; für Oesterreichische Creditactien hat sich der Deport etwas erhöht und stellte sich auf ⅝ Thaler, das Geschäft pro nächsten Monat zeigte sich mäßig belebt. Oesterreichische Nebenbahnen blieben meist sehr still, behaupteten aber mit wenigen Ausnahmen eine recht feste Stimmung. Rudolfsbahn und Durer sogar etwas an; Galizier und Elisabethbahn niedriger, jedoch auch, ohne daß sich aber das Geschäft belebte. In auswärtigen Fonds bewegte sich der Verkehr in sehr engen Grenzen, die Course konnten sich jedoch fast sämmtlich auf ihrer gestrigen Höhe stabil erhalten. Oesterr. Renten sehr ruhig, Loospapiere still, französische Renten und Italiener vernachlässigt, Türken ohne Geschäft. Amerikaner behauptet. Russische Fonds hatten ihre sonstige Regsamkeit eingebüßt. Preußische und Staatspapiere lebten fest, von ersteren besonders Pfandbriefe bevorzugt, auch Rentenpapiere beliebt, von letzteren zogen baierische Prämienanleihe und Köln-Mindener Prämien-Antheile einige Aufmerksamkeit auf sich. Prioritäten recht fest, von Preußischen namentlich Halle-Sorauer und Bergische Lit. C. rege, von Oesterr. Kaschau-Oderberger, Galizier, Staatsb. und Ungar.-Nordostb. lebhaft und höher, dagegen Ungar. Ostbahn offerirt. Auf dem Eisenbahnactienmarkt machte sich, wie erwähnt, für die schweren Actien infolge der Prämien-Erklärung eine geringe Abschwächung bemerkbar. Zu Rheinischen fand pr. Febr. ein ziemlich belebtes Geschäft statt. Leichte Bahnactien im Allgemeinen fest und lebhaft. Schweizer Union gestiegen, Nahebahn, Mastrichter und Brest-Grajewo beliebt, Rumänier offerirt. Bankactien fest und ziemlich unverändert. Darmstädter niedriger, Disconto-Comm.-Bank 171, still, Provinz.-Disconto 89⅛, letztere mäßig belebt. Preußische Bodencredit, Centralbank für Industrie, Provinzial-Gewerbebank anziehend, Bankverein Spielhagen, Werde belebt, sehr gesucht Berliner in Wechslerbank. Producten- und Handelsbank bei sehr lebhaftem Verkehr steigend, Unionbank durch Realisation gedrückt, Schaaffhausen offerirt. Industriepapiere fest und ruhig. Laurahütte 173¾ ult. 173¼—¾, Dortmunder Union 81, ult. 81⅛—81, Gelsenkirchen 122¾, letztere sehr matt, desgleichen Pluto weichend. Belebt und zum Theil steigend waren Viehhof, Immobilien, Metallindustrie, einige Baugesellschaften, wie Berlin-Charlottenburg, Thiergarten, Bauverein Hofjäger, ferner Deutsche Eisenbahnbaugesellschaft, Harkort Brückenbau, Oberschles. Eisenbahnbedarf, Wilhelmshütte. (Bank- u. H.-Z.)

**Berlin**, 28. Januar. [Productenbericht.] Roggen still und matt. Preise haben gestrigen Standpunkt nicht ganz zu behaupten vermocht. Loco ging der Absatz langsam. — Roggenmehl matter. — Weizen etwas billiger verkauft. — Hafer loco und auf Termine matter. — Rüböl sehr vernachlässigt und etwas billiger verkauft. — Spiritus schwankend, durchschnittlich etwas niedriger.

Weizen loco 73—93 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, gelber — Thlr. bez., feiner weißbunter poln. — Thlr. ab Bahn bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., Januar-Februar — Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., pr. April-Mai 88 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 88 Thlr. bez., 87¾ Thlr. Gld., pr. Juni-Juli 87—87¾ Thlr. bez., pr. Juli-August 85⅞—¾ Thlr. bez., neue Usance per April-Mai 86½ Thlr. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. Roggen pro 1000 Kilogr. loco 59—69 Thlr. nach Qualität gefordert, russischer 58¾—61 Thlr. bez., besserer — Thlr. bez., polnischer — Thlr. bez., inländischer 56—58 Thlr. ab Bahn bez., exquisiter — Thlr., per December-Januar 62¼ Thlr. bez., pr. Januar-Februar 62 Thlr. bez., pr. Februar-März 62 Thlr. bez., pr. Frühjahr 62⅜—62¼ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 62¼—62⅛—¼ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 61⅞—61⅝—⅞ Thlr. bez., pr. Juli-August 60¾—60⅝—¾ Thlr. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Gerste loco 52—73 Thlr. nach Qualität gefordert. — Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 50—60 Thlr. nach Qualität gefordert, schlesischer — Thlr. bez., böhmischer 55—59 Thlr., ostpreußischer 53—58 Thlr., westpreußischer 53—58 Thlr., galizischer — Thlr. bez., pommerscher 55—59 Thlr., uckermärker 55—59 Thlr. ab Bahn bez., per December-Januar — Thlr. bez., pr. Januar-Februar — Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., pr. Frühjahr 57¼ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 57¼ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 57¾ Thlr. bez., pr. Juli-August — Thlr. bez., pr. August-September 56¼ Thlr. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Erbsen: Kochwaare 59—66 Thlr., Futterwaare 53—58 Thlr. bez. — Weizenmehl Nr. 0 pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack 12—11½—11¼ Thlr. Nr. 0 und 1 11—10¼ Thlr. bez. — Roggenmehl Nr. 0 10—9 Thlr. bez. Thlr. Nr. 0 und 1 9¾—8 Thlr. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. December-Januar 9 Thlr. 6—7½—5 Sgr. bez., pr. Januar-Februar 9 Thlr. 6—7½—5 Sgr. bez., pr. Februar-März 9 Thlr. 6⅔ Sgr. bez., pr. März-April 9 Thlr. 8 Sgr. bez., pr. April-Mai 9 Thlr. 7½—8 Sgr. bez., pr. Mai-Juni 9 Thlr. 5 Sgr. bez., pr. Juni-Juli — Thlr. — Sgr. bez. Gekündigt 4500 Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Sgr. — Oelsaaten: Raps — Thlr., Rübsen — Thlr. — Rüböl per 100 Kilo netto loco ohne Faß 19 Thlr. bez., mit Faß — Thlr. bez., per December-Januar 18¾ Thlr. bez., pr. Januar-Februar 19⅙ Thlr. Br., pr. Februar-März 19¼ Thlr. bez., pr. März-April — Thlr. bez., pr. Frühjahr — Thlr. bez., pr. April-Mai 20—20 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 20⅓ Thlr. bez., pr. Juni-Juli — Thlr. bez., pr. September-October 21¼ Thlr. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Leinöl loco 23¼ Thlr. — Petroleum per 100 Kilo incl. Faß loco 10 Thlr. bez., pr. December-Januar 9¾—9⅝ Thlr. bez., pr. Januar-Februar 9¾—9⅝ Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., pr. April-Mai 9⅞—9¾ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 10⅓ Thlr. bez., pr. September-October — Thlr. bez. Gekündigt — Barrels. Kündigungspreis — Thlr.

Spiritus pr. 10,000 pCt. loco „ohne Faß" 21 Thlr. 6—11 Sgr. bez., „mit Faß" — Thlr. — Sgr. bez., pr. December-Januar — Thlr. — Sgr. bez., pr. Januar-Februar 21 Thlr. 22—24 Sgr. bez., pr. Februar-März — Thlr. — Sgr. bez., März-April — Thlr. Sgr. bez., pr. April-Mai 22 Thlr. 6 Sgr. bis 21 Thlr. 29 Sgr. bis 22 Thlr. 5 Sgr. bez., pr. Mai-Juni 22 Thlr. 3—8 Sgr. bez., pr. Juni-Juli 22 Thlr. 18—14—19 Sgr. bez., pr. Juli-August 22 Thlr. 27—29 Sgr. bez., per August-September 22 Thlr. 28 Sgr. bis 23 Thlr. 2 Sgr. bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Thlr. — Sgr.

## Berliner Börse vom 28. Januar 1874.

### Wechsel-Course.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Amsterdam 250 Fl. | 10 T. | 4½ | 142⅛ B. |
| do. do. | 2 M. | 4½ | 141¼ B. |
| Augsburg 100 Fl. | 2 M. | 5 | 56.18 G. |
| Frankf. a. M. 100 Fl. | 2 M. | 4½ | — — |
| Leipzig 100 Thlr. | 8 T. | 4½ | 99¾ G. |
| London 1 Lst. . . | 3 M. | 3½ | 6.20⅞ bz |
| Paris 300 Frcs. . | 10 T. | 5 | 80⅙ B. |
| Petersburg 100 SR. | 3 M. | 5½ | 89⅞ bz |
| Warschau 90 SR. | 8 T. | 6½ | 91½ bz |
| Wien 150 Fl. . . | 8 T. | 5 | 88½ B. ⅜ G. |
| do. do. . . | 2 M. | 5 | 88 B. 7⅞ G. |

### Fonds- und Geld-Course.

| | | |
|---|---|---|
| Freiw. Staats-Anleihe | 4½ | — — |
| Staats-Anl. 4½%ige | 4½ | 103 bz |
| do. consolid. | 4½ | 105 9/16 bz |
| do. 4%ige . . | 4 | 99 bz |
| Staats-Schuldscheine . | 3½ | 92 bz |
| Präm.-Anleihe v. 1855 | 3½ | 120⅝ bz |
| Berliner Stadt-Oblig. . | 4½ | 102⅝ G. |
| Pfandbr. Berliner . . . . . | 4½ | 101⅜ bz |
| Pfandbr. Pommersche . . . | 3½ | 82⅛ bz |
| Pfandbr. Posensche . . . . . | 4 | 92¾ bz |
| Pfandbr. Schlesische . . . . | 3½ | 83 B. |
| Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk. | 4 | 97⅝ bz |
| Rentenbriefe. Pommersche . . . | 4 | 98 G. |
| Rentenbriefe. Posensche . . . . | 4 | 95⅞ bzG. |
| Rentenbriefe. Preussische . . . | 4 | 96¾ G. |
| Rentenbriefe. Westfäl. u. Rhein. | 4 | 99 B. |
| Rentenbriefe. Sächsische . . . . | 4 | 97⅞ bz |
| Rentenbriefe. Schlesische . . . | 4 | 96¾ bzG. |
| Badische Präm.-Anl. . | 4 | 114 B. |
| Baierische 4% Anleihe | 4 | 115½ bzG. |
| Cöln-Mind. Prämiensch. | 3½ | 95⅞ bzG. |

Kurh. 40 Thlr.-Loose 70½ bz
Badische 35 Fl.-Loose 40½ G.
Braunschw. Präm.-Anl. 22½ bzG.
Oldenburger Loose 37½ bz

| | |
|---|---|
| Louisd'or — — | Dollars — — |
| Sovereigns 6.21¾ G. | Frmd. Bkn 99¾ ebG. |
| Napoleons 5.10⅛ G. | Oest. Bkn. 88⅜ bz |
| Imperials — — | Russ. Bkn. 91½ bz. |

### Hypotheken-Certificate.

| | | |
|---|---|---|
| Kündbr. Cent.-Bod.-Cr. | 5 | 100¾ G. |
| Unkünd. do. (1872) | 5 | 101⅝ bz |
| do. rückbz. à 110 | 5 | 104½ bz |
| do. do. do. | 4½ | 98⅜ bz |
| Unk. II. d. Pr. Bd.-Crd.-B. | 5 | 99¾ bzB. |
| do. III. Em. do. | 5 | 97 bz G. |
| Kündb. Hyp.-Schuld. do. | 5 | 96½ bz |
| Hyp. Anth. Nord-G.-C.B. | 5 | 101½ bz |
| Pomm. Hypoth.-Briefe | 5 | 102 bzG. |
| Goth. Präm.-Pf. I. Em. | 5 | 105½ bz |
| do. do. II. Em. | 5 | 103¼ bz |
| Meininger Präm.-Pfdb. | 4 | 92 bzG. |
| Oest. Silberpfandbr. . . | 5 | 70 B. |
| do. Hyp. Crd.-Pfndb. | 5½ | 71¼ G. |
| Unkb. Pfd. d. Pr.-Hyp.-B. | 4½ | — — |
| Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Gs. | 5 | 84⅞ bzB. |
| Südd. Bod.-Cred.-Pfdb. | 5 | 101½ G. |
| Wiener Silberpfandbr. | 5½ | 71 bzG. |

### Ausländische Fonds.

| | | |
|---|---|---|
| Oest. Silberrente . . . . | 4⅕ | 65 15/16 bz |
| do. Papierrente . . . | 4⅕ | 61½ bz |
| do. Lott.-Anl. v. 60 . | 5 | 95¼ bz |
| do. 54er Präm.-Anl. . | 4 | 95¾ G |
| do. Credit-Loose . . | — | 108½ bzG. |
| do. 64er Loose . . . | — | 89¼ bz |
| Russ. Präm.-Anl. v. 64 | 5 | 138¼ bz |
| do. do. 1866 | 5 | 139 bz |
| do. Bod.-Cred.-Pfdb. . | 5 | 86 bz |
| Russ.-Pol. Schatz-Obl. | 4 | 82¾ bz |
| Poln. Pfandbr. III. Em. | 4 | 79½ G. |
| Poln. Liquid.-Pfandbr. | 4 | 67½ B. |
| Amerik. 6% Anl. p. 1882 | 6 | 97⅛ G. |
| do. do. p. 1885 | 6 | 102 bz |
| do. 5% Anleihe . . | 5 | 98 bzB. |
| Französische Rente . . | 5 | 92½ G. |
| Ital. neue 5% Anleihe | 5 | 59⅜ bzG. |
| Ital. Tabak-Oblig. . . . | 6 | 94¾ bz |
| Raab-Grazer 100 Thlr. L. | 5 | 79 B. 78⅞ G. |
| Rumänische Anleihe . | 8 | — — |
| Türkische Anleihe . . | 5 | 41⅝ à ¼ bz |
| Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl. | 5 | 72¾ etbzG. |

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr. Loose 10½ B.

### Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

| | | |
|---|---|---|
| Berg.-Märk. Serie II. . | 4½ | 102 B. |
| do. III. v. St. 3¼ g. | 3½ | 84⅞ bz |
| do. do. VI. | 4½ | 100½ bzG. |
| do. Nordbahn | 5 | 103½ bzB. |
| Berlin-Görlitz . . . . . | 5 | 104 B. |
| do. . . . . . | 4½ | 100½ G. |
| Breslau-Freib. Litt. D. | 4½ | 100¼ G. |
| do. do. G. | 4½ | 100¼ G. |
| do. do. H. | 4½ | 100¼ G. |
| Cöln-Minden . . . . III. | 4 | — — |
| do. . . . . do. | 4½ | 102 bz |
| do. . . . . IV. | 4 | 92¼ G. |
| do. . . . . V. | 4 | 92 G. |
| Halle-Sorau-Guben . . | 5 | 100⅝ G. |
| Hannover-Altenbeken . | 4½ | — — |
| Märkisch-Posener . . . | 5 | — — |
| Niederschl.-Märkische. | 4 | 95 G. |
| do. do. III. | 4 | 94½ B. |
| do. do. IV. | 4½ | — — |
| Oberschles. A. . . . . . | 4 | — — |
| do. B. . . . . . | 3½ | — — |
| do. C. . . . . . | 4 | — — |
| do. D. . . . . . | 4 | — — |
| do. E. . . . . . | 3½ | 83¼ B. |
| do. F. . . . . . | 4½ | 100¾ bz |
| do. G. . . . . . | 4½ | 100¾ bz |
| do. H. . . . . . | 4½ | 101¾ bz |
| do. . . . . . . . . | 5 | 103¼ bz |
| do. von 1873. | 4 | 92¾ B. |
| do. Brieg Neisse . | 4½ | 100 G. |
| Cosel-Oderb. (Wilh.) | 4 | — — |
| do. . | 4½ | — — |
| do. . | 4½ | — — |
| do. . . . . . . | 5 | 103½ B. |
| do. Stargard-Posen | 4 | 91¾ G. |
| do. do. II. Em. | 4½ | — |
| do. do. III. Em. | 4½ | — — |
| Ndrschl. Zwgb. Lit. C. | 5 | — — |
| do. do. do. D. | 5 | — — |
| Ostpreuss. Südbahn . . | 5 | 102½ G. |
| Rechte-Oder-Ufer-B. . | 5 | 102⅝ G. |
| Schlesw. Eisenbahn . . | 4½ | 100 B. |
| Chemnitz-Komotau . . | 5 | 87¼ bz |
| Dux-Bodenbach . . | 5 | 84¼ bz |
| do. II. Emission. . | 5 | 75½ bzG. |
| Prag-Dux . . . . . . . . | 5 | 50¼ bz |
| Gal. Carl-Ludw.-Bahn. | 5 | 95⅛ bzG. |
| do. do. neue. | 5 | 92 bzG. |
| Kaschau-Oderberg . | 5 | 80⅞ bz |
| Ung. Nordostbahn . . . | 5 | 61¾ bzB. |
| Ung. Ostbahn . . . . . | 5 | 58½ etbzB. |
| Lemberg Czernowitz . | 5 | 69 etbzG. |
| do. do. II. | 5 | 79 bzB. |
| do. do. III. | 5 | 68½ etbzG. |
| Mährische Grenzbahn . | 5 | 69⅝ B. |
| Mähr.-Schl. Centralbhn. | 5 | 46⅛ G. |
| Kronpr. Rudolph-Bahn | 5 | 84 11/16 bz |
| Oesterr.-Französische . | 3 | 309 B. |
| do. do. neue | 3 | 291¾ bz |
| do. südl. Staatsbahn | 3 | 249 bz |
| do. neue . . . . . . | 3 | 249¾ bz |
| do. Obligationen . . | 5 | 86 bzG. |
| Warschau-Wien II. . | 5 | 98¾ bzB. |
| do. III. . | 5 | 97½ bz |
| do. IV. . | 5 | 96¾ bzG. |

Bank-Discont 4 pr. Ct.
Lombard Zinsfuss 5 pr. Ct.

### Eisenbahn-Stamm-Actien.

| Divid. pro | 1872 | 1873 | Zf. | |
|---|---|---|---|---|
| Aachen-Mastricht. | 1 | — | 4 | 35⅞ bzG. |
| Berg.-Märkische . | 6 | — | 4 | 99⅜ à 8⅞ b |
| Berlin-Anhalt . . . | 17 | — | 4 | 145 bzB. |
| do. Dresden . . | 5 | 5 | 5 | 67 bzB |
| Berlin-Görlitz . . | 3½ | — | 4 | 98¼ bzG. |
| Berlin-Hamburg . | 12 | — | 4 | 183¾ bz |
| Berl. Nordbahn . | 5 | 5 | 5 | 25½ bz |
| Berl.-Potsd. Magd. | 8 | — | 4 | 112½ bzB. |
| Berlin-Stettin . . . | 12¾ | — | 4 | 159½ bz |
| Böhm. Westbahn | 5 | — | 5 | 97 bz |
| Breslau-Freib. . . | 7½ | — | 4 | 102 bzB. |
| do. neue | 5 | — | 5 | 97½ bzB. |
| Cöln-Minden . . . | 9 7/20 | — | 4 | 140⅞ à ½ bz |
| do. neue | 5 | 5 | 5 | 112 bzG. |
| Cuxhav. Eisenb. . | — | — | 6 | — — |
| Dux-Bodenbach B. | 5 | 5 | 5 | 43½ bz |
| Gal. Carl-Ludw. B. | 7 | — | 5 | 101¼ à 1 bz |
| Halle-Sorau-Gub. | 0 | 0 | 4 | 42⅜ bz |
| Hannover-Altenb. | 5 | 0 | 5 | 47¾ bz |
| Kaschau-Oderbrg. | 5 | 5 | 5 | 62½ bzG. |
| Kronpr. Rudolphb. | 5 | 5 | 5 | 69⅞ bzG. |
| Ludwigsh.-Bexb. . | 11 | — | 4 | 180¼ bz |
| Märk.-Posener . . | 0 | 0 | 4 | 46½ bzG. |
| Magdeb.-Halberst. | 8½ | — | 4 | 125¼ bz |
| Magdeb.-Leipzig . | 14 | — | 4 | 257⅝ G. |
| do. Lit. B. | 4 | 4 | 4 | 97 bzG. |
| Mainz-Ludwigsh. . | 11 3/10 | — | 4 | 148⅜ bz |
| Niederschl.-Märk. | 4 | 4 | 4 | 97½ G. |
| Oberschl. A. C. D. | 13⅗ | — | 3½ | 159 bzB. |
| do. B. . . . | 13⅗ | — | 3½ | 144¾ B. |
| do. neue . | — | — | — | 149½ bzG. |
| Oester.-Fr. St.-B. . | 10 | — | 5 | 198¼ a 8 bz |
| Oest. Nordwestb. . | 5 | 5 | 5 | 114¾ bz |
| Oester. südl. St.-B. | 4 | — | 5 | 95 a ¼ bz |
| Ostpreuss. Südb. . | 0 | 0 | 4 | 38⅞ bzG. |
| Rechte O.-U.-Bahn | 6 | — | 5 | 122¾ bz |
| Reichenberg-Pard. | 4½ | 4½ | 4½ | 68¾ bz |
| Rheinische . . . . . | 9⅖ | — | 4 | 137⅛ à 7¾ b |
| Rhein-Nahe-Bahn | 0 | 0 | 4 | 33⅜ bzG. |
| Rumän. Eisenbhn. | 3⅗ | — | 5 | 39½ a 9 bz |
| Schweiz Westbhn. | 1⅗ | — | 4 | 42 bzG. |
| Stargard-Posener. | 4½ | 4½ | 4½ | 101¼ bzB. |
| Thüringer . . . . . | 9 | — | 4 | 129¼ bz |
| Warschau-Wien . | 10 | — | 5 | 80¾ B. |

### Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Berlin-Görlitzer . | 5 | 5 | 5 | 104⅞ bz |
| Berlin. Nordbahn | 5 | 5 | 5 | 43½ bz |
| Breslau Warschau | 5 | 0 | 5 | 32 bzB. |
| Halle-Sorau-Gub. . | 0 | 0 | 5 | 65½ bzB. |
| Hannover-Altenb. | 5 | 0 | 5 | 68¼ bz |
| Kohlfurt Falkenb. | 5 | — | 5 | 75 bzG. |
| Märkisch-Posener | 0 | — | 5 | 74⅝ bzB. |
| Magdeb.-Halberst. | 3½ | 3½ | 3½ | 81⅜ bz |
| do. Lit. C. | 5 | 5 | 5 | 104¼ bzG. |
| Ostpr. Südbahn . | 0 | 0 | 5 | 69⅞ bz |
| Pomm. Centralb. . | 5 | 0 | 5 | 22 bzG. |
| Rechte O.-U.-Bahn | 6 | — | 5 | 121½ bzG. |
| Rum. (40% Einz.) | — | 8 | 8 | 90⅜ bz |
| Saal-Bahn . . . . . | 5 | 5 | 5 | 46 bz |

### Bank- und Industrie-Papiere.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Anglo Deutsche Bk. | 7½ | — | 5 | 64 B. |
| Allg. Deut. Hand. G. | 9¼ | — | 5 | 37⅞ bzG. |
| Berliner Bank . . | 14 | — | 4 | 69⅜ bz |
| Berl. Bankverein. | 18 | — | 5 | 85 bzB. |
| Berl. Kassen-Ver. | 29 3/10 | — | 4 | 279 B. |
| Berl. Handels-Ges. | 12½ | — | 4 | 118¾ etbzB. |
| Berl. Lomb.-Bank. | 11¼ | — | 5 | 40 bzB |
| Berl. Makler-Bank | 11 | — | 4 | 100½ bz |
| Berl. Prod.-Makl. B | 8½ | — | 5 | 103 bz |
| Berl. Wechslerbk. | 0 | — | 5 | 53¼ bzG. |
| Braunschw. Bank | 8⅔ | — | 4 | 115 bzB. |
| Bresl. Disc.-Bank | | | | |
| Friedenthal u. Co. | 10 | — | 4 | 82¾ bzB. |
| Bresl. Handels-G. | 9 | — | 5 | 65⅝ bzG. |
| Bresl. Maklerbank | 30 | — | 5 | 77 B. |
| Bresl. Mkl.-Ver. B. | 7 | — | 5 | 91⅜ G. |
| Br. Pr.-Wechsl.-B. | 12 | — | 4 | 69 G. |
| Bresl. Wechslerb. | 12 | — | 4 | 70 B. |
| Centralb. f. Genos. | 14 | — | 4 | 70 bzG. |
| Coburg. Cred.-Bk. | 7½ | — | 4 | 74½ G |
| Danziger Priv.-Bk. | 7 | — | 4 | 115½ B. |
| Darmst. Creditbk. | 15 | — | 4 | 156 bzG. |
| Darmst. Zettelbk. | 7 | — | 4 | 105½ etbz |
| Dessauer . . . . . | — | — | fr. | — — |
| Deutsche Bank . | 8 | — | 4 | 80½ bz |
| Deutsche Unionsb. | 9½ | — | 4 | 72 bzG. |
| Disc.-Com.-A. . . . | 27 | — | 4 | 171 bz |
| Genossensch.-Bnk | 10⅔ | — | fr. | 108 bzG. |
| do. junge | — | — | 4 | 104½ B.G. |
| Gwb. Schuster u. C. | 10 | — | 4 | 62⅛ bzB |
| Görlitzer Ver.-Bk. | 10 | — | 4 | — — |
| Goth. Grundcred. B | 9½ | — | 4 | 101⅛ bzG. |
| Hamb. Nordd. Bnk. | 13⅗ | 10⅘ | 4 | 145 B. |
| do. Vereins-B. | 13¾ | 10 5/9 | 4 | 120¾ G. |
| Hannov. do. | 6⅗ | — | 4 | 105½ bzB. |
| do. Disc.-Bk. | 5 | — | 4 | 67¼ G. |
| Hessische Bank . | 6⅔ | — | 5 | 47 bzG. |
| Königsb. do. . | 8 | — | 4 | 80 G. |
| Ldw. B. Kwilecki | — | — | 4 | 64 G. |
| Leip. Cred.-Bank. | 15 | — | 5 | 143 bz |
| Luxemburger do. | 12 | — | 4 | 114⅞ B. |
| Magdeburger do. | 5¾ | — | 4 | 105¼ G. |
| Meininger do. | 12 | — | 4 | 110 G. |
| Moldauer Lds. Bk. | 4 | — | 4 | 45 G. |
| Ndrschl. Cassenv. | 15 | — | 4 | 22 bzG. |
| Nordd. Grunder. B. | 13¾ | — | 5 | 88¾ bzG. |
| Oberlausitzer Bk. | 8 3/10 | — | 4 | 70 G |
| Oest. Cred.-Actien | 18¾ | — | 4 | 143 a 2½ b. |
| Ostdeutsche Bank | 8 | — | 5 | 77 G. |
| Ostd. Product.-Bk. | 8½ | — | 4 | 26 B. |
| Posener Bank . . | 6½ | — | 5 | 107⅞ G. |
| Pos. Pr.-Wechsl. B. | 8 | — | 4 | 7¾ G. |
| Preuss. Bank-Act. | 13½ | — | 4 | 187½ bz |
| Pr. Bod. Cr.-Act. B | 15 | - | 4½ | 79 bzG. |
| Pr. Cent.-Bod.-Cr. | 9½ | — | 4 | 119½ bzB. |
| Pr. Credit-Anstalt | 24 | — | 5 | 51⅛ bzG. |
| Prov. Wechsl.-Bk. | 7½ | | 4 | 89 bzG. |
| Sächs. B. 60% I. S. | 12 | — | 5 | 140¾ bzB. |
| Sächs. Cred.-Bank | 13 | — | 4 | 75½ bz |
| Schles. Bank-Ver. | 14 | — | 4 | 116¼ bzG. |
| Schl. Centralbank | 13 | — | 4 | 63¼ bz |
| Schl. Vereinsbank | 9 | — | 5 | 93⅜ bz |
| Thüringer Bank . | 14 | — | 5 | 100⅛ bzG. |
| Ver.-Bk. Quistorp | 10 | — | 4 | 11 bzB. |
| Weimar. Bank . . | 8 | — | fr. | 104⅛ bz |
| Wiener Unionbk. | 5 | — | 4 | 81 B. |
| Baugess. Plessner. | 14 | — | 5 | 65¼ G. |
| Berl. Eisenb.-Bd. A | 11½ | — | 5 | 150 etbzG. |
| D. Eisenbahnb.-G. | 0 | — | 5 | 41 bz |
| do. Reichs-u. Co.-E. | 7¾ | — | 5 | 90 bzG. |
| Märk. Sch. Msch. G. | 0 | — | 5 | 33 bz |
| Nordd. Papierfabr. | 8 | — | 5 | 75 G. |
| Westend, Com.-G. | 17 | — | — | 13½ bzB. |
| Pr. Hyp.-Vers.-Act. | 16⅘ | — | 4 | 119¾ G. |
| Schl. Feuervers. . | 17½ | — | 4 | 1020 pr. St. |
| Donnersmarkhüt. | — | — | 5 | 60 etbzB. |
| Königs- u. Laurah. | 29 | — | 5 | 173⅛ bzG. |
| Lauchhammer . . | 9 | — | 5 | 77 bzB. |
| Marienhütte . . . . | 14 | — | 5 | 83 B |
| Minerva . . . . . . | — | — | 5 | 5¼ G. |
| Moritzhütte . . . . | — | — | 5 | 60 G. |
| OSchl. Eisenwerk. | 11 | — | 5 | 39 bzB. |
| Redenhütte . . . . | 10 | — | 5 | 46 bz |
| Schl. Kohlenwerk | 9 | — | 5 | 94 bz |
| Schles. Zinkh.-Act. | 8 | — | 5 | 95¼ bzG. |
| do. St.-Pr.-Act. | 8 | — | 4½ | 96¾ bzG. |
| Tarnowitz. Bergb. | 20 | — | 5 | 108 bzG |
| Vorwärtshütte . . | 8 | — | 5 | 56 bz |
| Baltischer Lloyd . | 0 | — | 5 | 33¼ bzG. |
| Bresl. Bierbrauer. | — | 0 | 5 | 23 G. |
| Bresl. E.-Wagenb. | 7½ | — | 5 | 59¼ G. |
| do. ver. Oelfabr. | 10 | — | 5 | 69¾ bz |
| Erdm. Spinnerei . | 9 | — | 5 | 57 bzB. |
| Görlitz. Eisenb.-B | 0 | — | 5 | 45 B. |
| Hoffm's Wag.-Fab. | 6 | — | 5 | 51⅛ bz |
| O.Schl. Eisenb. B. | 14 | — | 5 | 87⅝ bz |
| Schles. Leinenind. | 9 | — | 5 | 98¼ G. |
| S. Act. Br. (Scholtz) | — | 0 | 5 | 29 G. |
| do. Porzellan | 7 | — | 4 | 80⅞ bz |
| Schl. Tuchfabrik | — | — | 4 | 24 B. |
| do. Wagenb.-Anst. | 9 | — | 4 | 45¼ bzG. |
| Schl. Wollw.-Fabr. | 10 | — | 4 | 26¼ G. |

[Preußische Staats-Anleihen.] Die neuen Couponsbogen zu der Staatsanleihe von 1862 und zur consolidirten Staatsanleihe von 1870 werden vom 9. Februar d. J. von der Controle der Staatspapiere ausgegeben.

# **Breslau**, 29. Jan., 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen schleppend, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen nur feine Qualitäten verkäuflich, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 7 11/12 bis 8 11/12 Thlr., gelber 7⅔ bis 8⅔ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 6⅓ bis 7 Thlr., feinste Sorte 7¼ Thlr. bezahlt.

Gerste preishaltend, pr. 100 Kilogr. 6⅙—6⅔ Thlr., weiße 7 bis 7⅓ Thlr. bezahlt.

Hafer behauptet, pr. 100 Kilogr. 5¼ bis 5¾ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen unverändert, pr. 100 Kilogr. 5⅔ bis 6⅓ Thlr.

Wicken sehr fest, pr. 100 Kilogr. 5 bis 5⅓ Thlr.

Lupinen gefragt, pr. 100 Kilogr. gelbe 5 bis 5½ Thlr., blaue 4 11/12 bis 5⅙ Thlr.

Bohnen offerirt, pr. 100 Kilogr. 6⅔ bis 6⅚ Thlr.

Mais mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 5⅔ bis 6 1/12 Thlr.

Oelsaaten in fester Haltung.

Schlaglein gut behauptet.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

| | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Schlag-Leinsaat . . | 7 | 12 | 6 | 8 | 10 | — | 9 | — | — |
| Winter-Raps . . . . | 7 | 10 | — | 7 | 15 | — | 8 | — | — |
| Winter-Rübsen . . | 7 | 5 | — | 7 | 12 | 6 | 7 | 25 | — |
| Sommer-Rübsen . | 7 | 2 | 6 | 7 | 15 | — | 8 | — | — |
| Leindotter . . . . . . | 6 | 25 | — | 7 | 2 | 6 | 7 | 15 | — |

Rapskuchen matt, schlesische 70—73 Sgr per 100 Kilogr.

Leinkuchen sehr fest, schlesische 100—103 Sgr. per 50 Kilogr.

Kleesaat feine Qualitäten gut verkäuflich, rothe ordinäre 11—12 Thlr., mittle 13—14 Thlr., feine 14⅓—15 Thlr., hochfeine 15⅙—15⅔ Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße ordinäre 11—12 Thlr., mittle 14—15 Thlr., feine 16—18 Thlr., hochfeine 20—21 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Thymothee gut gefragt, 8½—11½ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3¼—4 Sgr.

## Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

**Frankfurt a. M.**, 28. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 117⅞. Pariser do. 93⅝. Wiener do. 103 1/16. Franzosen*) 346. Hess. Ludwigsb. 148. Böhm. Westbahn 226¾. Lombarden*) 165. Galizier 237½. Elisabethbahn 220½. Nordwestbahn 200½. Elbthalbahn —, —. Oberhessen 76⅝. Oregon 19¾. Creditactien*) 249½. Russ. Bodencredit 86⅜. Russen 1872 94⅜. Silberrente 65¾. Papierrente 61⅛. 1860er Loose 96⅛. 1864er Loose 157. Ung. Schatzw. 87 1/16. Raab-Grazer 78⅞. Amerikaner de 1882 97⅞. Darmstädter Bankverein 395. Deutsch-österr. 87⅞. Prov.-Disconto-Gesellschaft 88¾. Brüsseler Bank 101⅝. Berl. Bankverein 84⅛. Frankf. Bankverein 87½. do. Wechslerbank 82⅜. Nationalbank 1018. Meininger Bank 110. Hahn Effectenbank 116¾. Continental 91⅛. Südd. Immobilien-Gesellschaft —. Hibernia 98¼. 1854er Loose —. Schiff'sche Bank —. Oberhessen —. Rockford 98¼.

Fest, aber still. In Creditactien Hauptgeschäft, Bahnen behauptet, Pfalzbahnen besser, Banken vernachlässigt, Fonds und Loose beliebt, König-Wilhelm-Bergwerk gesucht.

Nach Schluß der Börse: Credit-Actien 249¼. Franzosen 346¼. Lombarden 165. Silberrente 65 13/16. 1860er Loose —.

*) per medio resp. per ultimo.

**Frankfurt a. M.**, 28. Januar, Abends. [Effekten-Societät.] Creditactien 249⅛, Franzosen 346½, Lombarden 165⅛, Galizier —, Silberrente —, Bankactien 1020, Böhm. Westbahn —, Elisabethbahn —, 1860er Loose —, Amerikaner —, Provinzial-Disconto-Gesellschaft 89¼, Ungar-Loose —, Franz-Josefs-Bahn —, Rhein-Nahe-Bahn 34 a 33¾, Cöln-Minden-Loose 95¾. Sehr fest und ziemlich belebt.

**Hamburg**, 28. Januar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Präm.-Anleihe 104½. Silberrente 65¾. Oesterreich. Creditactien 213. dto. 1860er Loose 96¾. Nordwestbahn —. Franzosen 742. Lombarden 353. Italienische Rente 59¼. Vereinsbank 120¾. Laurahütte 172¾. Commerzbank 94. dto. II. Emis. —. Norddeutsche Bank 144¾. Provinzial-Disconto-Bank —. Anglo-deutsche Bank 63. dto. neue 76½. Dänische Landmannbank —. Dortmunder Union 81½. Wiener Unionbank —. 64er Russ. Prämien-Anleihe —. 66er Russ. Prämien-Anleihe —. Amerikaner de 1882 93¾. Köln-M.-St.-Actien 140¼. Rhein. Eisenbahn-Stamm-Actien 137¾. Bergisch-Märkische 99½. Disconto 3 pCt. — Still.

**Hamburg**, 28. Jan. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco flau. Weizen auf Termine ruhig. Roggen auf Termine matt. Weizen pr. 126 Pfd. Jan. pr. 1000 Kilo netto 252 Br., 250 Gd., pr. Januar-Februar pr. 1000 Kilo netto 252 Br., 250 Gd., pr. Febr.-März pr. 1000 Kilo netto 252 Br., 250 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo netto 252 Br., 250 Gd. — Roggen pr. Jan. 1000 Kilo netto 195 Br., 194 Gd., pr. Jan.-Febr. 1000 Kilo netto 195 Br., 193 Gd., pr. Febr.-März 1000 Kilo netto 195 Br., 193 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 193 Br., 192 Gd. — Hafer und Gerste fest. Rüböl matt, loco 62½, pr. Januar 62, pr. Mai pr. 200 Pfd. 63½. Spiritus ruhig, pr. Jan. 54, pr. Febr.-März 54½, pr. April-Mai per 100 Liter 100% 55. Kaffee steigend, Umsatz 4000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 13, 30 Br., 13, 30 Gd., pr. Januar 13, 30 Gd., pr. Januar-März 13, 30 Gd. — Wetter: Schön.

**Liverpool**, 28. Januar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 B. Unverändert. Tagesimport 11,000 B., davon 7000 B. amerikanische.

**Liverpool**, 28. Januar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 B., davon für Speculation und Export 2000 Ballen. — Unregelmäßig, ungefähr 1/16 billiger. Schwimmende lebhaft, ebenfalls 1/16 billiger.

Middl. Orleans 8⅜, middl. amerikanische 7⅞, fair Dhollerah 5 5/16, middl. fair Dhollerah 4¾, good middl. Dhollerah 4⅜, middl. Dhollerah 4, fair Bengal —, fair Broach 5¼, new fair Oomra 5 5/16, good fair Oomra 6 3/16, fair Madras 5½, fair Pernam 8½, fair Smyrna —, fair Egyptian 9.

**Glasgow**, 28. Januar. [Roheisen.] Mixed numbers warrants 103 Sh. 3 D.

**Amsterdam**, 28. Januar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht). Weizen geschäftslos, pr. März 389, pr. Mai 387, pr. November 364. Roggen loco unverändert, per März 241½, per Mai 238, per October 218. Raps per April 368, pr. Oktober 336 Fl. Rüböl loco 34½, pr. Mai 35⅜, pr. Herbst 37¾.

**Antwerpen**, 28. Januar, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Geschäftslos.

**Antwerpen**, 28. Januar. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß, loco 31½ bez. u. Br., pr. Januar 31 bez. und Br., pr. Februar 31 bez., 31½ Br., pr. Mai 33 Br., pr. September 35½ bez. u. Br. — Ruhig.

**Bremen**, 28. Januar. Petroleum ruhig, Standard white loco 12 Mk. 75 Pf.

**Antwerpen**, 28. Jan. Der Postdampfer des baltischen Lloyd „Franklin" ist heute Mittag wohlbehalten hier eingetroffen.




Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.